

— Achtzehnter Jahrgang. —

Nr. 49.

# Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 3. bis 9. Dezember 1909.

Posen, den 14. Dezember 1909.

## Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 273 des Orędownik (Posen)  
vom 30. November 1909:

### Aufruf.

Der unterzeichnete Vorstand und der Aufsichtsrat der Genossenschaft „Znicz“ wenden sich an die gesamte Volksgemeinschaft mit der dringenden Bitte um geneigte und aufrichtige Unterstützung.

Die Genossenschaft „Znicz“, die sich die Hebung unseres heimischen Gewerbes als Ziel gesteckt hat, übernahm mit dem Beginn ihres Bestehens die schwierige Aufgabe der Vervielfältigung von Spielsachen, wobei sie an unsere kleinen Bürger der Zukunft dachte, damit die für sie in ihrem jugendlichen Alter liebsten Gegenstände heimisches Erzeugnis wären.

Mit Rücksicht auf die sehr bescheidenen Fonds und den Mangel an technischer Vervollkommenung ist bei Bewertung der ersten Erzeugnisse des „Znicz“ eine gewisse Nachsicht seitens der Volksgemeinschaft durchaus notwendig — und von der Unterstützung der Allgemeinheit hängt das Sein und die Entwicklung der jungen Spielwarenindustrie in unserem Anteil ab.

Daher appellieren wir inständig an alle Wohlgesinnten und übergeben deren Obhut den „Znicz“, den Verkünder eines neuen heimischen Produktionszweiges, das erste Glied in der Kette weiterer Unternehmungen.

Die Entwicklung des „Znicz“ liegt in der Hand der polnischen Mütter. Daher ist es unser inständigster Wunsch, daß jede polnische Familie, in der kleine Kinder das Haus erheitern, den Bedarf an Spielzeug beim „Znicz“ decke.

Bei dieser Gelegenheit bringen wir zur Kenntnis, daß der „Znicz“ aus erster Hand nur an Kaufleute verkauft. In Posen ist das Spielzeug des „Znicz“ bei folgenden Firmen erhältlich:

Aquila, St. Martinstr. 15,  
B. Chrzanowski, St. Martinstr., gegenüber der Kirche,  
A. Ignatowicz, Alter Markt, Ecke Schulstr.,  
Jarosz, Wilhelmstr. 21,  
Halle, Ecke St. Martin und Ritterstr.

Alle unsere Spielsachen sind mit „Znicz“ gestempelt und auf allen ist der Preis vermerkt.

Gleichzeitig machen wir auf unsere Spielzeugausstellung im Gewerbehaus, Wilhelmsplatz 18, aufmerksam, wobei wir bemerken, daß der Anteil des „Znicz“ 50 % beträgt.

Adresse: Znicz, E. G. m. b. H., Wilhelmsplatz 18.

### Der Aufsichtsrat.

Brylinski. Professor Drygas. Filipowicz. Marie Gazaradlic. Klara Paczkowska. Wladislawa Slawska. Elisabeth von Stableska. J. Suchowial.

### Der Vorstand.

Frau Dr. von Niegolewska, W. Tomaszewski, Wyczynski.

Sämtliche polnische Blätter bitten wir um gütige Aufnahme obigen Aufrufs.

Aus Nr. 276 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 3. Dezember 1909:

Die noch nicht erledigte Wahl des Reichstagspräsidiums ist von großer Wichtigkeit. Es handelt sich nicht um die für uns gleichgültige Frage, wer den Präsidentsitz einnehmen wird, sondern um die künftige Gruppierung der Reichstagsfraktionen. Eine gewisse Überraschung rief die aus politischen Rücksichten erfolgte Ablehnung der Wahl zum 2. Vizepräsidenten seitens des Abgeordneten Paasche hervor. Die liberalen Blätter waren schon größtenteils darüber einig, daß der ehemalige Vizepräsident mit der 3. Stelle im Reichstagspräsidium sich begnügen werde und die Konservativen gaben sich Mühe, die langjährigen Gefährten der Regierungsmajorität zur Mitarbeit in dem neuen Block zu veranlassen. Offenbar hat diejenige Richtung, welche mit Entschiedenheit von den National-Liberalen den Bruch mit der konservativen Partei forderte, gesiegt; die Fraktionszählung soll auch sehr stürmisch verlaufen sein. Wenn diese Entscheidung eine gewisse Sensation hervorgerufen hat, so geschah es aus dem Grunde, weil die National-Liberalen seit einer Reihe von Jahren, ohne Rücksicht auf die herrschenden Strömungen und ohne Rücksicht auf die Richtung der Staatspolitik sich in der Stellung einer Regierungspartei erhalten hatten. Unter vier Kanzlern und zu verschiedenen Zeitläuften saßen sie fest und beständig am Regierungstisch und paßten ihre Überzeugungen den Bedürfnissen des Moments an. Daher erwartete man nicht, daß sich die nationalliberale Partei von dem neuen Block absondern und zur Opposition übergehen würde. Es ist schwer, die Beweggründe hierfür heute zu beurteilen; offenbar rechneten sie damit, daß die liberale Richtung in Deutschland siegen und daß schon nach den neuen Wahlen ihre Herrschaft beginnen werde. Allein die Wahlen haben eine neue Sensation gebracht.

Die Reichspartei erklärte sich in gewisser Hinsicht mit den National-Liberalen solidarisch und lehnte die Annahme eines Platzes im Präsidium ab. Damit gab sie zu erkennen, daß sie schließlich dem Block der



Konservativen und des Zentrums nicht beitrete. Die Freikonservativen waren stets eine Regierungspartei par excellence. Die Tatsache, daß die Fraktion außerhalb der Blockkombination ihre Stellung wählte, beweist, daß die Regierung nicht die Absicht hat, sich beständig auf den neuen Block zu stützen. Auf diese Weise hat die Reichstagsmehrheit nur dann ein numerisches Übergewicht, wenn ihr die polnische Fraktion Beistand leistet. Wie bei der Finanzreform, so wird auch in Zukunft die Gestaltung der Verhältnisse von der Entscheidung der polnischen Fraktion abhängig sein, die aus diesem Grunde eine hervorragende Stellung in den parlamentarischen Kombinationen erhält. In dieser Beziehung spielt die polnische Sache eine überaus wichtige Rolle. Die nationalliberalen und die Reichspartei bilden die Cadres der hakatistischen Politik; dort sitzen unsere größten Feinde. Fürst Bülow hatte es mit Hilfe dieser Parteien verstanden, die Konservativen, welche jetzt in eine schwierige Lage gerieten, für seine Politik zu gewinnen. Jahrelang verbreitete man in diesen Kreisen Haß gegen die Polen, wobei man nicht selten die konservativen Grundsätze außer acht ließ, um nur die antipolnischen Gesetze durchzudrücken.

Heute rächt sich diese Aktion an den Konservativen, die nicht einen Tag ihre antipolnische Stellung ändern können, und gerade das ist die Frage, welche die stille Koalition der Reichspartei mit den National-Liberalen als Sturmbock benutzen will, um den neuen Block zu zertrümmern. Daher macht die der konservativen Partei gegenüber hakatistische Presse seit einigen Monaten der Rechten den Vorwurf, daß sie mit den Polen ein Bündnis geschlossen habe. Durch diesen Vorwurf will man die konservative Partei nicht nur unpopulär machen, sondern auch eine Änderung in der Gesinnung den Polen gegenüber vereiteln. Andererseits weiß und fühlt man es, daß im Falle der Beibehaltung der antipolnischen Politik der neue Block auf die Unterstützung seitens der polnischen Fraktion nicht rechnen kann. Die Folge wäre, daß der neue Block nicht die Mehrheit besäße. Die politische Entwicklung in Deutschland wird somit größtenteils von der polnischen Frage abhängig sein. Es ist schwierig, heute vorauszusehen, wie sich die Angelegenheit erledigen wird; hoffentlich wird die Fraktion instande sein, die Bedeutung des gegenwärtigen Moments zu begreifen und eine würdige, ernste und für unsere Volksgemeinschaft vorteilhafte Stellung einnehmen. Daher muß man bemüht sein, daß die unfruchtbare Diskussion über das Thema der möglichen Aspirationen aufhöre, denn diese Diskussion kann nur für die Parteien erwünscht sein, die den parlamentarischen Hakatismus bilden. Es ist die höchste Zeit, die Arbeit „pour les hakatistes“ aufzugeben.

Aus Nr. 276 des Kurjer Poznański (Posen)  
vom 3. Dezember 1909:

#### Aus dem Bureau der polnischen Reichstagsfraktion

erhalten wir folgende Mitteilung:

In der am 30. November abgehaltenen Sitzung ist die Fraktion konstituiert worden.

Es wurden gewählt: zum Vorsitzenden der Abgeordnete Fürst Radziwiłł, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Abgeordnete von Czarłński, zu Schriftführern die Abgeordneten v. Janta-Polczynski und Napieralski; zum Quästor der Abgeordnete von Sas-Jaworski;

in die parlamentarische Kommission außer dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter, die kraft ihres

Amtes dazu gehören, die Abgeordneten Prälat Stychel und Dr. Skarzynski und zu ihren Stellvertretern die Abgeordneten v. Janta-Polczynski und Napieralski;

in die Budgetkommission die Abgeordneten Kulerski und Napieralski;

in die Wahlprüfungskommission der Abgeordnete v. Sas-Jaworski;

in die Petitionskommission die Abgeordneten Geistlicher Brandys und Dr. v. Trzcinski;

in die Geschäftsordnungskommission der Abgeordnete v. Dziembowski.

Aus Nr. 279 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 7. Dezember 1909:

#### In Sachen der Wahl eines Polen als Schriftführer ins Reichstagspräsidium

schreibt der Dziennik u. a.:

Der Vorstand der Zentrumsfraktion teilte dem Vorstand der polnischen Fraktion mit, er habe bei den vertraulichen Beratungen mit den Vorständen der übrigen Parteien ausdrücklich hervorgehoben, daß der polnischen Fraktion ein Schriftführer zustehe. Die polnische Fraktion beschloß, prinzipiell von dem aus ihrer zahlenmäßigen Stärke sich ergebenden Rechte Gebrauch zu machen. Bezüglich der Person gab es Meinungsverschiedenheiten, und es kam in der betreffenden Fraktionsitzung zu keinem Beschluß. Am Tage nach der Fraktionsitzung, als vor Eröffnung der Plenarsitzung die Zentrumsfraktion die Benennung des polnischen Kandidaten für das Schriftführeramt verlangte, da die Kandidatenliste für dies Amt schleunigst gedruckt werden mußte, gab der Fraktionsvorstand bei Nichtanwesenheit der Fraktionsmitglieder den Namen des Grafen Mielzynski als des Kandidaten der Fraktion an. Indes war die Fraktion, als ihre Mitglieder bei Beginn der Plenarsitzung erschienen, mit der Maßnahme des Vorstandes nicht einverstanden, und zwar aus dem Grunde, weil Graf Mielzynski angekündigt hatte, er werde krankheitshalber einige Monate hindurch an den parlamentarischen Arbeiten nicht teilnehmen können, er könne also auch das Amt des Schriftführers nicht ausfüllen. Die Mehrheit der Fraktion beschloß, den Abgeordneten Napieralski als offiziellen Kandidaten der Fraktion vorzuschlagen. Infolge dieser Änderung informierte man den Vorstand der Fraktion dahin, die Führer der konservativen Fraktion könnten nicht zusichern, daß alle Konservativen die Kandidatur Napieralski unterstützen würden; der Abgeordnete Graf Mielzynski würde bessere Chancen haben. Die Fraktion beschloß jedoch, bei der offiziell angegebenen Kandidatur Napieralski zu bleiben, um kenntlich zu geben, daß in dieser Sache ihr eigener Wille entscheide und daß sie somit die Wünsche einer fremden Fraktion nicht berücksichtigen könne.

Das Ergebnis ist bekannt. Der offizielle Kandidat der Fraktion erhielt 160 Stimmen, also sechs Stimmen weniger, als der letzte der gewählten acht Schriftführer. Auf den Grafen Mielzynski fielen 16 Stimmen. Man kann nicht feststellen, wer sie abgegeben hat. Allgemein sagt man, dies hätten die Freikonservativen getan. Jedenfalls verlohnt es sich, auch das hervorzuheben, daß bei der Abstimmung über die Schriftführer sieben polnische Abgeordnete abwesend waren.

Die Tatsache der Ausschließung der Polen aus dem Reichstagspräsidium braucht man nicht allzu tragisch zu nehmen. Die Umstände, welche diese Ausschließung begleiteten, zwingen uns jedoch, eine übrigens nicht neue







Kommissionsarbeit gering; diese kommt jedoch auf dem Gebiete der parlamentarischen Tätigkeit erst an zweiter Stelle in Betracht. Eine Hauptbedingung, ohne die ein Abgeordneter seiner Aufgabe nicht gewachsen sein wird, ist die entsprechende Fähigkeit, seine Überzeugungen öffentlich zu vertreten.

Diese hauptsächlichste Qualifikation vermissen wir bei den von einigen hiesigen Blättern bereits vorgeschlagenen Arbeiterkandidaturen. Wenn man noch berücksichtigt, daß sich unsere Vertretung in Berlin über ein Übermaß an Abgeordneten, die sich durch Rednergabe auszeichnen, durchaus nicht beklagen kann, so ist die Bereicherung der Fraktion um ein neues Mitglied, das sich an den Grundsatz „Schweigen“ hält, nicht sehr erwünscht.

Angesichts dessen und nachdem wir gewissenhaft das „für und wider“ überlegt haben, bringen wir unsererseits eine Kandidatur in Vorschlag, die im ersten Augenblick zweifellos eine gewisse Verwunderung hervorrufen wird, und zwar die des Dr. **Ladislaus Rabski** aus Warschau.

Zunächst einige Worte über die Qualifikation unseres Kandidaten.

Herr Ladislaus Rabski ist ein glänzender Redner, der vorzüglich deutsch spricht, ein Redner, der ohne längere Vorbereitung sprechen kann und der befähigt ist, die vielfachen Angriffe und Vorwürfe, denen wir seitens der Regierungsvertreter und seitens der Mitglieder der uns feindlichen Parteien ausgesetzt sind, auf der Stelle energisch abzuwehren. Ferner könnte sich Herr Rabski — was auch von großer Wichtigkeit ist, insbesondere bei unseren Verhältnissen — der Parlamentsarbeit vollständig widmen und sich in Berlin ständig aufhalten; er würde somit nicht beitragen zur Vergrößerung der so zahlreichen Schar unserer Abgeordneten, die fast ständig durch ihr Fehlen im Sitzungssaale glänzen. Begabt mit einer ungewöhnlichen Intelligenz könnte er in der Verteidigung unserer nationalen Interessen in Berlin sehr wertvolle Dienste leisten.

Nichtsdestoweniger zweifeln wir nicht daran, daß die von uns vorgeschlagene Kandidatur auf energische Opposition, zum mindesten im Anfang stoßen wird. Vor allem wird der sogenannte Lokalpatriotismus unserer Kandidatur entgegentreten, es werden Stimmen laut werden, daß unser Kandidat infolge seines längeren Aufenthalts in Warschau das gehörige Verständnis für die Bestrebungen und Bedürfnisse der hiesigen Volksgemeinschaft verloren habe. Allein dieser Vorwurf wäre nicht recht, mindestens aber nicht ganz recht. Herr Ladislaus Rabski, der während seiner Anwesenheit in Posen an dem hiesigen öffentlichen Leben regen Anteil genommen hat (er war u. a. einige Jahre hindurch Vorsitzender des Sokolvereins) hat durch seine Übersiedlung nach Warschau die Fühlung mit seiner Heimat durchaus nicht verloren; er beobachtete eifrig und gewissenhaft deren Angelegenheiten und war in dieser Beziehung der Hauptinformator der Warschauer Presse. Ferner hatte er Gelegenheit, durch sehr häufigen Austausch von persönlichen Ansichten mit Vertretern der hiesigen Volksgemeinschaft sich über die großpolnischen Verhältnisse zu orientieren.

So viel über die Qualifikationen unseres Kandidaten, und nun folgt etwas Anderes. Indem wir die Kandidatur Ladislaus Rabskis vorschlagen, lassen wir uns nicht im geringsten von Parteirücksichten leiten. Herr Rabski ist unser politischer Freund nicht. Im Gegenteil, es trennen uns ganz bedeutende Meinungsverschiedenheiten über die geeignetste Methode unserer politischen Aktion. Hinsichtlich seiner Überzeugungen neigt er vielmehr zu der durch den heutigen Kurjer Poznański eingenommenen Richtung, zu deren geistigen

Vätern er als ehemaliger Redakteur des Przeglad Poznański gewissermaßen gehört. Wenn wir trotzdem seine Kandidatur vorschlagen, so geschieht es nur aus dem Grunde, weil wir seine ungewöhnlichen Fähigkeiten anerkennen und weil uns das Interesse der Allgemeinheit näher liegt als parteiliche Sympathie und Antagonismus.

Aus Nr. 280 des Goniec Wielkopolski (Posen)  
vom 8. Dezember 1909:

### Von der „Kurjer“-Partei.

Gestern hielt die „Kurjerpartei“ in Sachen der Posener Kandidatur eine Beratung ab. Herr Marian Seyda empfahl sehr warm den „Arbeiter“ Herrn Nowicki als Kandidaten der „Kurjerpartei“, dieser einzigen Partei, welche angeblich eine Zukunft hat und die einzig und allein für das Volk arbeitet!

Nowicki suchte sich anfangs damit auszureden, daß er nicht hinreichend deutsch spreche, daß man ihn früher, als er in der Druckerei des Kurjer gearbeitet, mißachtet und entlassen habe und daß er damals in der Stadt herumgeirrt sei, ohne zu wissen, wohin. Erst, als er sich Einfluß in der Arbeiterorganisation verschafft habe, habe man angefangen, ihm den Hof zu machen usw.

Trotz alledem gelang es, ihn so zu beäufstigen, daß er in die Rolle eines Figuranten der „Kurjerpartei“ einwilligte. Wahrscheinlich hat er sich durch das mit der Abgeordnetenwürde verbundene Profitchen blenden lassen.

Als zweiten Kandidaten schlug man einen Mann vor, den die „Kurjerpartei“ ebenfalls für die Zukunft ins Auge gefaßt hat, nämlich den Kaufmann Filipowicz, welchem gleichfalls die Abgeordnetenwürde lächelt, wenngleich er nur an zweiter Stelle aufgestellt wurde. Man sagt, daß Herr Filipowicz als Kaufmann Fähigkeiten besitze; er schreibt politisch-kaufmännische Artikel für den Kurjer; allein als Politiker ist er ein schwacher Kopf; auch ist er kein Redner.

Über den letzten Kandidaten konnte man sich nicht einigen. Jemand schlug den stummen Ex-Abgeordneten Dr. Anton Chlapowski vor. Doch erachtete man diese Kandidatur als „gefährlich“ für die ganze „Kurjerliste“ und gab sie daher aus „taktischen“ Gründen auf. Man schlug sodann den Direktor Wyczynski vor, aber auch für diese Kandidatur konnte man keine Einigung erzielen, sodaß die dritte Stelle offen geblieben ist. Wer am Ende der Liste der „Kurjerpartei“ sollte figurieren wollen, der beeile sich und melde sich in der Bergstraße, dann kann er seinen Namen leicht gedruckt sehen, wenn er die „Kurjerzunft“ anerkennt und sie tüchtig unterstützt.

Aus Nr. 274 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 1. Dezember 1909:

### Um die Staatsangehörigkeit.

Die Diskussion über die Abstimmung der polnischen Abgeordneten bei der Reichsfinanzreform weiterführend, erwägen unsere Zeitungen aller Schattierungen in größeren Abhandlungen das Verhältnis der polnischen Gesamtheit zum preussischen Staat. Wir halten diesen Punkt für so wichtig, daß auch wir uns gezwungen fühlen, in dieser Angelegenheit das Wort zu ergreifen.

Daß wir mit dem preussischen Staat durch Gefühlsbände verbunden wären, kann bei den gegebenen Verhältnissen sogar kein denkender Deutscher weder annehmen noch von uns verlangen, umsoweniger ein Bruchteil der polnischen Öffentlichkeit.



Der Kern der Sache liegt auf einer anderen Grundlage. Unser Verhältnis zu Preußen beruht auf einer historischen Tatsache, die man für uns als vorteilhaft ansehen kann oder auch nicht. Die Tatsache ist aber da, sie existiert; sie zu ändern, liegt nicht in unserer Macht. — Der beste Beweis dafür ist, daß seit hundert Jahren — mit Ausnahme der kleinen Unruhen im Jahre 1848, dem Jahre der bewaffneten Aufstände in rein deutschen Ländern — die polnische Gesamtheit nicht einmal probierte, ihr Verhältnis der Zugehörigkeit zum preussischen Staat zu lösen. Ein legales Verhältnis ohne innige Zuneigung, das ist das Resultat, welches die hundertjährige Herrschaft der Preußen in unserem Anteil erzielte.

Was geht daraus hervor? Daß die polnische Bevölkerung sich in dem ungastlichen, fremden Hause bemüht, ihr Kämmerlein nach ihrer Art und am bequemsten auszustatten, und daß sie an dieses Kämmerlein, welches ihr eine gewisse Sicherheit und Wärme verleiht, vor allen Dingen denken muß. — Weil wir Polen waren, ehe wir preussische Bürger wurden, weil die Nationalität eine Erscheinung *primi ordinis* ist und die Untertänigkeit erst an zweiter Stelle kommt, so muß bei einem Konflikt beider Interessen unser nationales Interesse an erster Stelle stehen.

Bedenken, die unsere Tätigkeit betreffen — man hat wenigstens die Sache gegenwärtig so hingestellt —, können sich erst dann einstellen, wenn die Staatsinteressen den unsrigen entsprechen, oder wenn sie uns mehr oder weniger gleichgültig sind. Eine Oppositionspolitik gegenüber der Regierung bzw. gegenüber dem allgemeinen Staatsinteresse zu treiben, deren Triebfedern Verärgerung und Trotz sind, halten wir aus mehreren Gründen nicht für angebracht: erstens, weil die unmittelbare Selbstschädigung, um durch Schwächung des Staates mittelbare Vorteile zu erringen, sich in der Praxis fast immer als eine falsche und konfuse Rechnung erweist, zweitens, weil wir auf diese Art und Weise der Regierung und dem deutschen Volke zu den ungerechten Ursachen des Jorties eine gerechte und begründete hinzufügen, schließlich auch deswegen, weil unsere Vertretung durch ihre politische Tätigkeit auf den Rest der Gesamtheit doch auch erzieherisch einzuwirken hat. „Die Abwesenden sind immer im Unrecht“ sagt ein französisches Sprichwort. So ist es vor allen Dingen in der Politik. Die Abwesenheit, und was mit ihr auf einer Stufe steht, die Opposition aus Opposition, das Sichzurückziehen von der gemeinsamen Arbeit zieht für jede Gesamtheit die bedenklichsten Folgen nach sich. Sie erzeugt Unkenntnis der Verhältnisse und Doktrinarismus und die daraus resultierenden Folgen — nämlich: das Verfehlen der Wege der gesunden Entwicklung und das Sichhinauswagen auf das uferlose Meer der utopischen Phantastereien. Wir müssen also dahin streben, daß unsere Tätigkeit im öffentlichen Leben — in der breiten, wie in der engen Arena — positiv, sachlich und praktisch sich gestalte und das sogar auf den Gebieten, auf welche die polnischen Nationalinteressen nicht unmittelbar hinübergreifen.

Grundlos erscheint uns der Vorwurf, daß das Volk in einer solchen Schule dann seine eigenen geistigen Ideale vergessen und die Verwirklichung seiner Ziele und seine Daseinsberechtigung nur im Staate und durch den Staat suchen würde. Sollte dies wirklich der Fall sein, so wäre es tatsächlich sehr traurig um uns bestellt.

Die antipädagogische Schule, die parteiische Agrarpolitik, die Verpo'gungspolitik der Staatsverwaltung, sollten sie in den Herzen der Bevölkerung keine Empörung hervorrufen mit dem Augenblick, in welchem unsere Repräsentation anfinge, über den Wert der allgemeinen staatlichen Angelegenheiten sachlich nachzudenken?

Erhielte sich das polnische Ideal nicht durch eigene Kraft, durch tausendjährige Tradition, durch die Eingebung von Genies und die Arbeit der Geringen, und könnte es sich nur durch Opposition aus Opposition, durch Verneinung aus Verneinung, wenn auch eine gegenstandslose erhalten, so wäre es wahrlich besser, unsere nationale Standarte einzuziehen und uns auf Gnade und Ungnade den Gegnern zu ergeben.

Eine jede, auf einer unwahren Grundlage ruhende Politik kann nur eine der Probe der Zeit nicht gewachsene Politik der momentanen Effekthascherei sein. Möge es eine Versöhnungspolitik sein, die von Gefühlen spricht, die nicht vorhanden sind und für die in die Bresche zu springen, sie kein Recht besitzt, oder möge es eine Politik der Ignorierung unsere tatsächlichen Zusammenlebens mit dem Staate sein: eine wie die andere kann bei der kleinsten Verschiebung der Verhältnisse in der Luft hängen bleiben. Den einzigen Stützpunkt uns und dem Staate gegenüber bildet der gesunde politische Realismus. Uns wird er zur nationalen Erziehung dienen und vor leeren Phantasiegebilden und Illusionen bewahren, den Staat wird er in die Lage versetzen, mit uns als mit einer festen Ziffer, als mit einem Faktor zu rechnen, von dem man weiß, was er verlangt und was er gibt.

Von der Verwirklichung dieses begehrten Zustandes sind wir noch sehr weit entfernt, dem steht jedoch nicht im Wege, heute schon diesem gesteckten Ziele entgegenzueilen und nach dieser Richtung hin unsere Kräfte anzuspannen. — Die Arbeit für die Zukunft ist das Merkmal der lebenden Organismen, daher müssen wir, wenn auch unter den schwierigsten Bedingungen und auf dem undankbarsten Felde, in der Überzeugung arbeiten, dadurch mehr zu schaffen als durch leere Negation und verbittertes Sichausgeschlossen.

---

Aus Nr. 276 des Wielkopolanin (Posen)  
vom 3. Dezember 1909:

### **Zerwürfnis unter den Polen.**

Die durch die Polenfraktion eingenommene Stellung bei der Reichsfinanzreform, oder geradezu gesagt, bei der Bewilligung neuer Steuern gab Anlaß zu einem sehr umfangreichen Gedankenaustausch.

Unsre Meinung über diese Angelegenheit haben wir so oft schon ausgesprochen, daß wir heute dies alles nicht mehr wiederholen werden.

Wir können es jedoch nicht unterlassen, auf die Verhältnisse aufmerksam zu machen, die gegenwärtig in der polnischen Fraktion herrschen.

Die betreffenden Abgeordneten bekämpfen sich in den Zeitungen in der letzten Zeit so leidenschaftlich, es zeigten sich bei ihnen solche Verschiedenheiten der grundsätzlichen Anschauungen, daß es schwer fällt, an keine Fortsetzung dieser Kämpfe innerhalb der polnischen Fraktion zu glauben.

Die Unterschiede sind so groß, die Beispiele der Spannung in der Zeit der Abstimmung über die Finanzreform waren so sichtbar, daß die berechnete Befürchtung besteht, daß, falls sich ein Ausgleich dieser Gegensätze nicht erzielen läßt und die betreffenden Abgeordneten diesen unversöhnlichen Standpunkt, den sie in ihren Zeitungen eingenommen haben, nicht aufgeben werden, die Solidarität der Fraktion, die die Grundlage ihrer Bedeutung und Kraft bildet, leicht zerfallen kann.

Besonders grell treten die Verschiedenheiten der Anschauungen unter den obererschlesischen Abgeordneten zutage.



Auf der einen Seite steht der Abgeordnete **Kor-fanty** mit seinen Anhängern, auf der anderen Seite der Abgeordnete **Napieralski**.

Der Abgeordnete **Napieralski** spricht für die positive Arbeit unserer Abgeordneten. Diese Parole ist nicht mehr neu — sie ist schon früher durch den Abgeordneten **Dr. Skarzynski** aufgeworfen worden.

Doch der Abgeordnete **Napieralski** gibt dieser Parole eine Färbung, die dem Abgeordneten **Dr. Skarzynski** ferngelegen hat.

Der Abgeordnete **Napieralski** steht auf dem Boden eines preussischen Bürgers polnischer Zunge. Er nimmt also denselben Standpunkt ein, den das Zentrum der Regierung und dem Staate gegenüber einnimmt.

Dieser Standpunkt ist sehr nüchtern und sachlich, aber wir können uns mit einer solchen Färbung der Parole über die positive Arbeit nicht einverstanden erklären.

Man kann grundsätzlich die Angehörigkeit zum preussischen Staate anerkennen, man braucht zur Änderung dieser historischen Tatsache nichts zu unternehmen, aber wir dürfen es nicht vergessen, daß wir, denen man so viel Unrecht zufügte, denen man die durch die Verfassung garantierte Gleichberechtigung beschneidete, auf die Angelegenheiten Deutschlands und Preussens, auf die Bedürfnisse des Staates mit ganz anderen Augen blicken.

Daher muß die Beurteilung der Regierungsvorschläge unsererseits eine ganz andre sein, als die der deutschen Parteien.

Wir sind in erster Linie **Polen und Katholiken** und haben es nur dem Zusammentreffen ungünstiger Umstände zu verdanken, daß wir auch preussische Staatsbürger sind.

Unsre Abgeordneten haben also bei der Beurteilung der Regierungsvorschläge darauf zu achten, inwieweit uns diese Vorschläge angehen.

Das ist auch ein **sachlicher** Standpunkt, das kann auch **positive** Arbeit sein.

Die Opposition kann auf diese Weise zur positiven Arbeit werden.

Diesen Punkt hat der Abgeordnete **Napieralski** völlig vergessen, er mag sich also nicht wundern, daß er auf Widerstand stößt.

Die Opposition unserer Fraktion soll keine **Opposition aus Opposition**, sondern eine durch **unser nationales Interesse motivierte Opposition** sein.

Diese Auffassung teilen viele polnische Abgeordnete — man muß sich also auf einen scharfen Meinungsaustausch innerhalb der polnischen Fraktion gefaßt machen. Wir hegen jedoch die Überzeugung, daß sich Mittel finden werden, diese Gegensätze zu mildern, um die Fraktion vor Zerfall zu schützen.

Aus Nr. 278 des Kurjer Poznański (Posen)  
vom 5. Dezember 1909:

### Gegen den Kurjer Poznański

haben alle Zeitungen, die mittelbar oder unmittelbar mit dem Katolik zusammenhängen, ihre Geschütze gerichtet. Sie kündigen eine Antwort des Abgeordneten **Napieralski** an. Wir hegen die Hoffnung, daß diese Antwort kurz und sachlich ausfallen wird, denn das, womit uns bisher das Lager des Katolik beglückte, ist wahrlich derart, daß man diese „Argumente“ nicht ernst nehmen kann.

Die **Gazeta Opolska** schreibt, daß der Kurjer Poznański sich die verschiedenen Kategorien von legalen, loyalen bzw. ethnographischen Polen „ausgedacht“

habe. Diese Behauptung der **Gazeta Opolska** entspricht nicht der Wahrheit. Die **Gazeta Opolska** weiß es sehr genau, daß kein anderer als der Abgeordnete **Kapiza** schon vor mehreren Monaten vor einem für ihn maßgebenden Forum Loyalität und Legalität einander gegenübergestellt und daß er schon damals seine Angehörigkeit zum preussischen Staate für ein nicht nur ausschließlich rechtlich-politisches, sondern auch moralisches Verhältnis anerkannt hat. Damals schon stand die Frage auf **des Messers Schneide**, und der Abgeordnete **Kapiza** wollte schon, da er keine Anhänger fand, **den über seine ganze politische Zukunft entscheidenden Schritt tun**.

Wir hätten diese Angelegenheit nicht öffentlich behandelt, wenn uns nicht dazu das Verhalten der **Gazeta Opolska** gezwungen hätte, die Begebenheiten bestreitet, über deren Richtigkeit sie genau unterrichtet ist.

Aus Nr. 274 des Kurjer Poznański (Posen)  
vom 1. Dezember 1909:

### Polen mit preussischen Überzeugungen.

In den letzten Tagen haben wir endlich das erlebt, worauf wir konsequent seit ziemlich langer Zeit abzielen: wir haben erlebt, daß von seiten derjenigen Politiker, welche bisher für jede politische Frage die universelle Arznei „positive Arbeit“ hatten, das Bitter gelüftet worden ist. Wer die Verhältnisse hinter den Kulissen unseres politischen Lebens etwas genauer kannte, der wußte, daß das Argument von der „positiven Arbeit“ für die betreffenden Politiker eine, wenn nicht scheinbare, so doch jedenfalls äußerliche Bedeutung hatte und hat, daß sich hinter dieser äußeren Seite ein **tieferer politischer Gedanke** verbirgt. Über diese eigentlichen, tatsächlichen politischen Beweggründe waren überwiegend nur die parlamentarischen Politiker unterrichtet. Die Volksgemeinschaft als solche nährte man ganze Monate lang mit dem Argument von der „positiven Arbeit“, man nährte sie damit bis zum Überdruß.

Die Leser erinnern sich dessen, daß wir von Beginn der Aktion der Fraktion in Sachen der Finanzreform an hervorgehoben haben, daß sich hinter der „positiven Arbeit“ — natürlich nicht bei allen Abgeordneten — etwas politisch weit Wichtigeres verberge. Längere Zeit hindurch fehlte es in unserem eigenen Lager nicht an Leuten, welche nicht begriffen, worauf wir abzielten, und welche sich darüber wunderten, weshalb wir die Volksgemeinschaft so alarmierten. Uns aber hat es sich — wir wiederholen das zum vier- oder fünften Male — nicht um „die einzelnen Fehler“ gehandelt, die von einigen demokratischen Abgeordneten begangen worden sind und die auf sich vergaloppieren beruhten, — uns handelte es sich darum, jenen verborgenen tieferen politischen Gedanken zu entlarven, welcher zielbewußt danach strebt, **die Richtung unserer nationalen Politik prinzipiell zu ändern**.

Dieser verborgene politische Gedanke hat sich der Volksgemeinschaft endlich in den letzten Tagen enthüllt; es haben sich offen erklärt: **Pfarrer Kapiza**, gleich dahinter **Herr Napieralski** und neuerdings **Pfarrer Brandys** in der Versammlung in Halbendorf, Kreis Oppeln.

Diese Abgeordneten haben einen grundsätzlich von dem unsrigen abweichenden Standpunkt eingenommen. Wir beabsichtigen nicht, sie deshalb persönlich anzugreifen, denn das hat keinen politischen Zweck. Aber wir haben die Pflicht, politische Tatsachen genau festzustellen, welche für die Volksgemeinschaft grund-



legende Bedeutung haben und welche in unseren Abgeordnetenkreisen in kurzem auf den ersten Platz vorrücken werden.

Die genannten Abgeordneten, Pfarrer Kapiza, Herr Napieralski und Pfarrer Brandys erklären, sie ständen auf **nationalpolnischer** Grundlage. Wir wollen fürs erste nicht untersuchen, wie die gedachten Abgeordneten den nationalen Grundsatz auffassen. Wir nehmen die nackte Tatsache, daß sie behaupten, sie erkennen den nationalen Grundsatz als ihre Grundlage an. Insofern gäbe es keinen Unterschied zwischen dem Standpunkt der Abgeordneten Pfarrer Kapiza, Napieralski und Pfarrer Brandys sowie dem unseren.

Es besteht auch insofern kein Unterschied, als sowohl die genannten Abgeordneten wie auch wir sagen und feststellen, daß die Volksgemeinschaft sich auf den Boden der Verfassung Preußens stellt und sich stellen muß, indem sie die aus diesen Verfassungen sich ergebenden Pflichten erfüllt.

Aber in der Art und Weise der Auffassung des moralischen Verhältnisses der Volksgemeinschaft zu diesen staatlichen Pflichten trennen wir uns prinzipiell. Für uns ist dieses Verhältnis, wie wir mehrfach hervorgehoben haben, ein tatsächliches, rechtlich-politisches, dem sich unsere politischen Handlungen unterordnen, mit dem jedoch unsere inneren moralischen Überzeugungen in keinem Zusammenhange stehen. Dagegen für die Abgeordneten Kapiza, Napieralski und Brandys ist die Zugehörigkeit zum preussischen Staat ein nicht nur rechtlich-politisches, sondern auch ein moralisches, überzeugungsgemäßes Verhältnis. Das bedeutet, daß die genannten Abgeordneten **Preußen aus Überzeugung** sind, während wir uns als Bürger des preussischen Staats aus einem tatsächlichen, rechtlich-politischen Verhältnis heraus betrachten.

Wer Preuße aus Überzeugung ist, der kann natürlich nur „ethnographischer Pole“ sein, insofern hat Pfarrer Kapiza recht. Wenn gleichwohl Pfarrer Kapiza in der Halbendorfer Versammlung den „ethnographischen Polen“ in der ihm eigenen willkürlichen Form als „nationalen Polen“ gedeutet hat, dann irrte er sich, denn „ethnographisch“ besagt nichts mehr als völkisch, einem Volksstamm angehörend. Und wir meinen, daß ein Pole, welcher Preuße aus Überzeugung ist, wirklich nur ein stammesgemäßer Pole sein kann. Was uns wenigstens betrifft, so wissen wir zwar die tatsächliche Erfüllung der preussisch-staatlichen Pflichten mit dem nationalen Prinzip in Einklang zu bringen, nicht jedoch die preussische **Überzeugung** mit der polnisch-nationalen Überzeugung.

Daß dies keine weitreichende, nicht nur ideelle sondern auch praktisch-politische Bedeutung hat in der täglichen politischen Praxis, das kann keinem Zweifel unterliegen.

Wer Preuße aus Überzeugung ist, der muß aus Überzeugung die staatlichen Notwendigkeiten unterstützen. Die „ethnographischen Polen“ machen hier natürlich den Vorbehalt, sie träten für die staatlichen Notwendigkeiten nur insoweit ein, als sich diese nicht gegen die polnische Volksgemeinschaft wendeten. Wir sehen, daß auch der Standpunkt der „ethnographischen Polen“ nicht der „moralischen Konflikte“ entbehrt.

Daß Pfarrer Kapiza einen überzeugungsgemäß-preussischen Standpunkt einnimmt, den er in für uns unverständlicher Weise mit dem überzeugungsgemäß-polnischen Standpunkt in Einklang zu bringen weiß, das war für Leute, welche die Verhältnisse kannten

kein Geheimnis. Was den Pfarrer Brandys betrifft, so hatten wir uns bisher eine Meinung nicht gebildet. Ausdrücklich meinten wir dagegen, daß Herr Napieralski nicht so weit gehen werde wie Pfarrer Kapiza. Nach seinem letzten Artikel zu schließen, waren wir im Irrtum. Wenn aber Herr Napieralski der Ansicht ist, wir hätten seinen politischen Standpunkt falsch gekennzeichnet, dann möge er bestreiten, daß er auf dem überzeugungsgemäß-preussischen Standpunkt stehe, und wir werden bereit sein, diesen Protest zur Kenntnis unserer Leser zu bringen.

Aus Nr. 277/78/79 des Kurjer Poznański (Posen) vom 4., 5. und 7. Dezember 1909:

### Über die Beteiligung der Polen an der ost-märkischen Industrie-, Gewerbe- und landwirtschaftlichen Ausstellung

schreibt der Kurjer Poznański folgendes:

„Was speziell die projektierte „**ostmärkische**“ Ausstellung betrifft, so ist zu unterstreichen, daß diese sich anders als die Posener Ausstellung im Jahre 1895 gestalten wird. Die Ausstellung im Jahre 1911 wird die Erzeugnisse von 5 Provinzen umfassen, von Provinzen, in welchen, wie in Schlesien, Westpreußen (Danzig!) und Pommern (Stettin!) eine große, — im Verhältnis zu uns — eine riesenhafte Industrie heimisch ist. Was sollen wir Polen in einer solchen Ausstellung ausstellen? Täuschen wir uns doch nicht und blicken wir der Wahrheit ohne Zögern ins Auge! In den letzten Jahren machten wir zweifellos große Fortschritte, es entstanden bei uns mehrere Industriezweige, die wir noch vor 20 Jahren nicht aufzuweisen hatten. Aber das sind doch erst Anfänge, und als solche direkt reine Liliputaner im Vergleich zu dem, was zum Beispiel Schlesien auf diesem Gebiete besitzt. Würde denn ein solcher unmittelbarer Vergleich unser, im Entstehen begriffenen Industrie mit der mächtigen Industrie Schlesiens nicht — scheuen wir uns nicht, dieses zu sagen — direkt lächerlich wirken? Würde dies uns, die wir so gern unsre Kräfte überschätzen, nicht demütigen? Die Anhänger der Beschickung der Ausstellung durch die Polen werden zweifelsohne das alte Argument vorbringen, daß ein solcher Vergleich für uns ein **Ansporn** für künftige Bemühungen, die auf die Entwicklung der eigenen Industrie abzielen, sein würde. Wir sprechen diesem Argument nicht die Berechtigung ab, aber nur dann nicht, wenn ein Vergleich am Platze ist. In diesem Falle kann von einem Vergleich überhaupt keine Rede sein, die Unterschiede sind in dieser Beziehung zu kolossal. Ein „Vergleich“ würde — unseres Erachtens — in diesem Falle die direkt entgegengesetzten Folgen zeitigen. Wie der Dilettant, der zur Zerstreuung doch mit Liebe Musik betreibt, diese verläßt, wenn er einen wahren Künstler oder Virtuosen auf diesem Gebiete gehört hat, ebenso **deprimierend** würde auf uns der Vergleich unsrer schwachen Industrie mit dem deutschen Riesen wirken.

Hier also hören schon die Vorteile der Beschickung der Ausstellung durch uns auf, und es beginnen die **Nachteile**. Der unmittelbare und offensichtliche Vergleich unsrer Industrie mit einer fremden könnte in uns jegliche Unternehmungslust auf Jahre hinaus töten.

Die Anhänger der Ausstellung sagen zwar, daß unsre Ehre es nicht erlaube, uns von der Ausstellung fernzuhalten, und zwar mit Rücksicht auf die **Fremden**, die sie besuchen werden — wie Engländer, Tschechen und Landsleute der anderen Anteile u. s. w. Die Engländer sollen tatsächlich zugesagt haben, die Aus-



stellung zu besuchen, aber ob sie sich speziell nach uns erkundigen werden, bezweifeln wir. Ob die Tschechen die deutsche ostmärkische Ausstellung besuchen werden, ist mehr als zweifelhaft. Die Landsleute aus Russisch-Polen und die Galizier werden die Ausstellung eher meiden, als sie besuchen, — so viel Taktgefühl können wir wohl von ihnen verlangen.

Und werden schließlich solche Industriepotentaten, wie die Engländer oder sogar die Tschechen, nach Besichtigung unserer Schaugegenstände von uns etwas beziehen? So weit reichen doch wahrlich unsere Illusionen nicht! Unsere Industrie kann, wie der Autor in den Artikeln unter dem Titel „Rubikon“ ausgeführt hat, nur auf inneren Absatz, d. h. innerhalb des preussischen Anteils, rechnen.

Und wenn es um die Rettung unserer Ehre geht, so ist es wahrlich besser, sich ruhig zu verhalten und die Ausstellung nicht zu beschicken, und dadurch den Fremden zu Mutmaßungen, wie unsere Industrie beschaffen ist, freies Feld zu lassen, als sich etwas Ärgerem auszusetzen.

So würde uns vom rein wirtschaftlichen Standpunkte aus die Beschickung der ostmärkischen Ausstellung sehr minimale Vorteile bringen, dafür aber viel ausgeprägt negative Seiten aufweisen. Es gibt aber noch andere, wichtigere Gesichtspunkte als den wirtschaftlich-politischen und den rein politischen Gesichtspunkt. Beide sind in unseren Verhältnissen nicht zu umgehen und nicht zu trennen. Auch von diesen Gesichtspunkten aus muß man mit Ruhe und Überlegung die Angelegenheit unserer Teilnahme an der deutschen Ausstellung prüfen.

## II.

Die rein-politische und die wirtschaftlich-politische Seite der projektierten Ausstellung für die „Ostmarken“ sind mit einander so eng verbunden, daß man diese beiden Gesichtspunkte nicht trennen darf, sondern sie gemeinschaftlich betrachten muß.

Diejenigen, die da sagen, daß man mit der Ausstellung als mit einem angeblich rein wirtschaftlichen Unternehmen die Politik nicht verbinden dürfe, irren doppelt. Heute, in den neuzeitlichen Staaten, kann man nämlich die wirtschaftlichen Bestrebungen der Völker von der Politik überhaupt nicht trennen; die Politik beeinflusst im großen Maße die wirtschaftlichen Bestrebungen, und umgekehrt wirken die wirtschaftlichen Ziele und Bestrebungen weittragend auf die Politik ein. Angesichts dieser Tatsache werden, wie bekannt, die Ausstellungen, und zwar nicht nur die internationalen, von den Regierungen der zivilisierten Staaten für ihre politischen Zwecke ausgebeutet. Was nun unsere speziellen Verhältnisse anbetrifft, so weiß doch jeder von uns sehr gut, daß die wirtschaftlichen Angelegenheiten eng mit der Politik verbunden sind. Wir wollen dieses hier noch nicht besonders beweisen, denn, wie gesagt, jeder von uns ist sich dieser Tatsache voll und ganz bewußt. Hat doch die Regierung in ihrer antipolnischen Politik zuerst und vor allen Dingen zu wirtschaftlichen Mitteln gegriffen, und sie hält auch bisher an ihnen fest: die Ansiedlungskommission mit ihrem ganzen Hilfsapparat, die Unterstützungen für die Handwerker, Kaufleute, Ärzte, die ausschließlich für die deutsche Jugend in den „Ostmarken“ bestimmten Stipendien, die Lieferungen für die Behörden usw.

In Anbetracht dieser Sachlage kann man die projektierte Ausstellung, wie es ihre Anhänger verlangen, absolut nicht als eine ausschließlich wirtschaftliche Angelegenheit betrachten, sondern man muß im Gegenteil an sie mit der größten Peinlichkeit auch das politische Maß anlegen.

Der projektierten Ausstellung gab man schon von Anfang an politische Grundlagen. Die Anregung zu

der Ausstellung ist nämlich von Deutschen ausgegangen, die Deutschen haben unter sich ein vorläufiges Komitee und die Ausstellungsausschüsse gebildet, und erst später — worüber wir weiter unten mehr erzählen werden — fingen sie an — und das sehr umsichtig — sich an die Polen um deren Unterstützung zu wenden.

Am bezeichnendsten und beredtesten ist die Benennung der Ausstellung als eine „ostmärkische“.

„Ostmark“ und „ostmärkisch“ bilden zugleich das Kampfesgeschrei und den Inhalt der Regierungspolitik gegen uns. Die Angelegenheiten, die gerade diese „Ostmark“ betreffen, bilden, wie der oberste Vertreter der preussischen Regierung offiziell erklärte, die wichtigsten Fragen der inneren Politik Preussens. Und hier ist hauptsächlich der Kern der Sache zu suchen.

Nicht ohne Grund nannte man nämlich die projektierte Ausstellung eine ostmärkische. Wer nur irgend eine, wenn auch oberflächliche Übersicht über unsere Verhältnisse besitzt, der wird begreifen, welchen Zielen diese Ausstellung dienen soll. In den Augen der Regierung und der Habsbisten ist der Fortschritt des Deutschlands in den Ostmarken nicht schnell und wirksam genug. Die Ansiedlungspolitik ist ein unzureichendes Mittel; aus diesem Grunde begann man schon seit Jahren die städtische Germanisationspolitik. Gerade dieser städtischen Germanisationspolitik soll eben die Ausstellung dienstbar gemacht werden. Die Hebung der Industrie soll einer der Hauptfaktoren des städtischen Germanisationsystems sein. Bei uns wurden schon einige deutsche Fabriken gegründet, umgeben von einem Kranz von deutschen Arbeiterkolonien. Doch die Habsbisten sind nervös, die bisherigen Resultate dieses Systems sind für sie unzureichend. Die Ausstellung soll also zeigen, was man schon auf diesem Gebiete getan hat und was man noch tun könnte. Alle Mittel und Hebel wird man in Bewegung setzen, um einen möglichst zahlreichen Besuch der Ausstellung aus allen Gauen Deutschlands zu erwirken. Die Besucher sollen sich persönlich über die hiesigen Verhältnisse ein Urteil bilden. Man will dadurch in ihnen Interesse und Verständnis für die Ostmarken wecken und sie zur Mitwirkung am nationalen Werk heranziehen.

Es handelt sich also — geradezu gesagt — um die Herbeischaffung von Kapitalien und von deutschen Leuten für die Ostmarken. Dieses unterliegt keinem Zweifel, — wir besitzen sogar unmittelbare Beweise dafür.

Das hiesige habsbistische Organ, das **Posener Tageblatt**, ist in dieser Beziehung sehr vorsichtig. Es konnte sich jedoch nicht enthalten, vor einigen Tagen (Nr. 557) in einem Artikel über die Ausstellung folgendes zu schreiben:

„Auch für die Zwecke der Ansiedlungskommission läßt sich in Verbindung mit der Ausstellung geeignete und wirksame Propaganda machen.“

Und gleich darauf:

„Es muß schon jetzt in Aussicht genommen werden, gerade im Ausstellungsjahre Studienreisen Auswärtiger in die Ostmark zu arrangieren.“

Genügt nicht schon dies für die Ausstellungsanhänger unter uns? Bei den Verwaltungsbehörden ist für uns kein Platz vorhanden, der Landbesitz nimmt bei uns ab, immer mehr sind wir auf den Erwerb im Handel und Gewerbe angewiesen, und die Anhänger der Ausstellung verlangen, daß wir selbst mit Hand anlegen sollen bei einem Werke, welches im Grunde genommen gegen uns gerichtet ist, sie verlangen, daß wir die Propaganda für die Zwecke der Ansiedlungskommission erleichtern, — also selbst an der Herstellung der für uns bestimmten Peitsche arbeiten!

Obwohl es unter uns an begeisterten Fürsprechern für die Beschickung der Ausstellung nicht fehlt, hegen



wir doch die Hoffnung, daß in den daran unmittelbar interessierten Kreisen der gesunde Selbsterhaltungstrieb erwachen wird, der ihnen dann den richtigen Weg weisen wird. Die ganze Volksgemeinschaft wird jedenfalls auch verstehen lernen, welche Stellung sie im eigenen Interesse der Ausstellung gegenüber einzunehmen hat. Über die Schlußfolgerungen werden wir nächstens reden.

### III.

Auf dem Gebiete der polnisch-deutschen Ausstellungen besitzen wir schon eine gewisse Erfahrung. Im Jahre 1895 sollte die damalige Posener Provinzialausstellung auf der Grundlage der völligen sprachlichen Gleichberechtigung stattfinden. Es waren also nicht nur polnische Aufschriften neben den deutschen gestattet, auch die verantwortlichen und angesehensten Mitglieder des Ausstellungskomitees hatten versichert, daß die Eröffnung der Ausstellung in beiden Sprachen, der polnischen und deutschen, stattfinden werde. Auf dieser Grundlage nahmen auch die Polen an den Vorarbeiten lebhaften Anteil und beschieden die Ausstellung ihrerseits sehr zahlreich und gern.

Doch als der Augenblick der Eröffnung der Ausstellung gekommen war, erklärte der damalige Oberpräsident von Posen, Freiherr von Wilamowitz-Möllendorf, daß er mit den Regierungsvertretern sofort den Saal verlassen werde, wenn während der Eröffnungsfeierlichkeit ein einziges polnisches Wort fallen sollte. Angesichts eines solchen regierungsseitigen Drucks ist auch tatsächlich kein polnisches Wort gefallen, trotz der vorherigen feierlichsten Versicherungen.

So geschah es vor etwa 15 Jahren. Heute haben sich die Zeiten verändert. — Die Deutschen täuschen uns nicht mehr mit „so weit gehenden“ Versicherungen — wissend, daß wir heute nicht mehr so leichtgläubig wären.

Da es indes im Interesse der Ausstellung liegt, daß auch die Polen an ihr teilnehmen, daß sie vor allen Dingen die Ausstellung besuchen und das Eintrittsgeld zahlen, so werden wir zur Teilnahme an derselben ebenfalls gelockt. Die Deutschen wissen sehr gut, daß, falls die Polen als Aussteller und Besucher solidarisch und rücksichtslos die Ausstellung schneiden würden, in einem solchen Falle die Ausstellung nicht gelänge, und daß, soweit sie überhaupt zustande käme, sie ein bedeutendes Defizit aufweisen würde. Um dieses zu vermeiden, zieht man die Polen — wie gesagt — mit allen Mitteln und Kräften zur Ausstellung heran. In dieser Aktion übernehmen die Vermittlung nicht die Hafatisten, sondern die „gerechten“ Deutschen. Eine solche Methode führt offensichtlich leichter zu dem von den Deutschen erstrebten Resultat; denn einem Deutschen gegenüber, der gegen uns wohlwollend auftritt, fühlt sich der Pole „verpflichtet“. Nicht umsonst sprechen wir hier von uns selbst. Jeder kann mit uns doch durch „Höflichkeitsbezeugungen und Geschenke“ machen, was er will. Einem solchen Deutschen will der Pole nicht „zu nahe“ treten — und je leichtgläubiger ein solcher Pole ist, desto eher gibt er nach. Auf diese Art und Weise hat man auch unter uns sogar begeisterte Anhänger der Ausstellung zu gewinnen gewußt. Diese lagen auf Grund der deutscherseits abgegebenen Erklärungen, daß es den polnischen Ausstellern erlaubt sein werde, polnische Aufschriften anzubringen; weitere sprachliche Konzessionen zu erlangen, wäre jedoch von uns politisch anflug. Also alle unsre weitergehenden Aspirationen sollen ungereimt sein, wir sollen freiwillig Konzessionen machen und den Rückzug antreten. Schmerzhafte Erfahrungen lehren uns, was eine solche Verzichtleistung zur Folge hat. Wir entlagen immer mehr dem, was das Wesen unsrer Persönlichkeit ausmacht und ent-

äußern uns dadurch immer mehr unseres Besitzes. Nicht genug also, daß uns die Fremden in allem schmälern, wir selbst sollen noch mit Hand an dieses verderbliche Werk legen. Die Anhänger der Ausstellung sagen, daß unseren Interessen und unserer Würde Genüge geschehen werde, sobald man uns „erlaubt“, neben den deutschen polnische Aufschriften anzubringen; wer aber will dafür bürgen, daß es nicht ebenso geschehen wird wie im Juli d. Js. in der Gnesener Ausstellung, wo man den Polen befahl, die polnischen Aufschriften zu entfernen und ihnen im Nichtbefolgungsfalle mit der zwangsweisen Entfernung durch die Beamten der Wachgesellschaft drohte! Sollten sich unser nationales Interesse und unsre Würde tatsächlich mit der gnädigen Erlaubnis für die polnischen Aufschriften zufrieden geben, so steigen wir in diesem Falle freiwillig, wenn auch unbewußt, zur Rolle der ethnographischen Polen hinab, die sich der polnischen Sprache bedienen, darüber hinaus aber keine Aspirationen mehr besitzen.

Wir kommen zu den Schlußfolgerungen. Es ist uns gelungen, ganz speziell nachzuweisen, daß man unsere Teilnahme an der projektierten „ostmärktischen“ Ausstellung weder mit wirtschaftlichen noch mit politisch-wirtschaftlichen oder politischen Rücksichten begründen kann; im Gegenteil, wir wiesen nach, daß bei jeder von den oben aufgezählten Rücksichten unsere Anteilnahme an der Ausstellung deutliche und unzweifelhafte Schäden bringen würde. Darüber hinaus würde auch unsere nationale Würde einer bedeutenden Gefahr ausgesetzt sein. Es geht hier nicht einzig um die Angelegenheit der sprachlichen Gleichberechtigung, übersehen wir es doch nicht, daß man die Ausstellung auch zu allerlei Nationalfeiern, Zusammenkünften, Feiern usw. ausnützen wird. Wir wissen es aus zahlreichen und überaus unangenehmen Erfahrungen, daß bei solchen Anlässen der Hochmut und die herausfordernde Haltung der Teilnehmer wächst — sollen wir uns etwa auch dem aussetzen?

Die Kaufleute und die Industriellen verlangen, man solle die Parole „Jeder zu dem Seinen“ beachten. Damit ist die Gesamtheit einverstanden, obwohl diese Parole ihr manchmal beschwerlich ist. Aber auch den Kaufleuten und Industriellen ist es nicht erlaubt, etwas zu tun, was in irgend einem Maße dieses nationale Gebot schwächen würde. Ist uns nicht erlaubt, bei Fremden zu kaufen, so dürft ihr auch fremde Veranstaltungen nicht unterstützen, andernfalls zerstört ihr selber das, worauf sich eure Existenz gründet.

Diejenigen Anhänger der Ausstellung, die da befürchten, daß unsere Industriellen die Angelegenheit der Teilnahme im Sinne des gesund aufgefaßten eigenen und allgemeinen Interesses entscheiden werden, vertreten jetzt den Gedanken, in dieser ganzen Angelegenheit nicht solidarisch aufzutreten, sondern einem jeden freizustellen, wie er verfahren will. Eine solche Lösung der Angelegenheit wäre tatsächlich nichts wert; denn diejenigen, die grundsätzliche Gegner der Teilnahme an der Ausstellung sind, würden sie sowieso nicht beschickt haben, dagegen würden ihre Verfechter — obwohl in einer geringen Anzahl — an ihr teilnehmen. Angesichts dieser Tatsache ist es notwendig, rücksichtslos solidarisch aufzutreten. Dann wird sich die Demoralisation nicht in unsere Reihen einschleichen, und wir werden wirklich unsere Würde retten, und das um so wirksamer, als wenn wir den gleisnerischen Versprechungen inbetreff „der polnisch-deutschen Aufschriften“ auf den Leim gehen.

Werden unsere Aussteller wirklich solidarisch aufzutreten, so wird zweifelsohne auch unser Publikum ebenso verfahren und nicht dorthin gehen, wo es in



keiner Beziehung angenehme Eindrücke empfangen würde.

Diese ganze Angelegenheit unserer Teilnahme an der „ostmärktischen“ Ausstellung wird in Kürze entschieden sein; wir hegen die Hoffnung, daß der Pole zeigen wird, daß er auch — entgegen dem Sprichwort — vor dem Schaden flug sein kann.

Aus Nr. 273 des Lech (Gnesen)

vom 1. Dezember 1909:

### **Ob die Polen die deutsche Ausstellung im Jahre 1911 beschicken sollen.**

Schon seit langer Zeit hatte man in den deutschen Kreisen den Gedanken bezüglich der Veranstaltung einer Ausstellung für die östlichen Provinzen der Monarchie erwogen. Ein solcher Gedanke wurde durchaus nicht von allen Interessenten enthusiastisch aufgenommen, und es gab viele, die geradezu Gegner der Ausstellung in den Grenzmarken waren. Dieser Meinung hat man in der am 20. November d. Js. in Posen stattgefundenen Vertreterversammlung für Handel und Industrie der Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesiens Ausdruck gegeben. Vor allen Dingen haben die Vertreter Schlesiens ihre Zweifel zum Ausdruck gebracht, weiter die Vertreter Pommerns, und es hat auch nicht an Opposition im Großherzogtum und in Preußen gefehlt. Von 120 Firmen in Schlesien, welche über ihre Meinung bezüglich der projektierten Ausstellung befragt wurden, waren nur 5, die sich wirklich für den Gedanken der Ausstellung begeisterten und nur 20 bis 25 erklärten, daß sie auch die Ausstellung beschicken könnten und mitmachen wollten. Der Rest lehnte die Beteiligung geradezu ab. Von den großen schlesischen Fabrikanlagen nimmt die Hälfte der Ausstellung gegenüber einen ablehnenden Standpunkt ein.

Denselben Standpunkt nimmt auch die pommersche Industrie ein, welche überwiegend für den Export arbeitet. Aber auch in der Posener mittleren deutschen Industrie besteht eine gewisse Opposition. Die Posener Handwerkskammer veranstaltete eine Enquete ab und fragte bei 70 Innungen an, welchen Standpunkt sie bezüglich der Ausstellung einnehmen würden, und sie erhielt 25 ablehnende Antworten.

Trotzdem wurde in der oben erwähnten Versammlung folgende Resolution angenommen:

Die Absicht im Jahre 1911 in der Stadt Posen unter Beteiligung der Provinzen: Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesiens eine Ausstellung zu veranstalten, findet in der heutigen Versammlung allgemeine Anerkennung. Die Anwesenden erklären, daß jeder für seine Person in Kreisen, wo sie Einfluß haben, für die Ausstellung agitieren werde.

Gegen diese Resolution hat niemand Widerspruch erhoben, aber es fand sich eine gewisse bedeutende Anzahl von Anwesenden, die sich der Abstimmung enthielt.

Nachdem man die Resolution in der Tasche hatte, begannen die Urheber der Ausstellung sich um einen Garantiefonds zu bemühen. Wie aus der ganzen Art und Weise der Arrangierung der Grenzmarken-Ausstellung hervorgeht, handelt es sich hier um die Unterstützung des in den Grenzmarken bedrohten Deutschtums, daher begannen sich die Unterschriften zu häufen, so daß ein Fonds von  $\frac{3}{4}$  Millionen Mark gesichert sein soll.

An allen diesen Vorbereitungen beteiligten sich die polnischen Kaufleute und Industriellen aus dem einfachen Grunde nicht, weil man sie hierzu nicht eingeladen hatte. Offiziell hat man den polnischen Handel und die polnische Industrie vollständig ignoriert, aber, wenn wir uns so ausdrücken, nicht offiziell be-

mühen sich die interessierten Faktoren, die Polen zur Teilnahme an der Ausstellung zu bewegen.

Es entsteht daher die Frage: Ob es sich für die Polen empfiehlt, die deutsche Ausstellung im Jahre 1911 zu beschicken.

Bei der Betrachtung dieser Frage lassen wir die politischen Rücksichten vollständig außer Betracht.

Wir übergehen die Tatsache, daß die polnische Sprache in der Ausstellung vollständig ignoriert sein soll, daß sämtliche Reden, Aufschriften und Erklärungen in polnischer Sprache ausgeschlossen und verboten werden sollen. Wir umgehen ferner den auf der ganzen Linie offiziell und nichtoffiziell verkündigten und durchgeführten Boykott alles dessen, was polnisch ist, den Boykott, der uns gebietet, nur auf eigene Abnehmer zu rechnen und sie nicht unter den Fremden zu suchen, wir übergehen schließlich die böse Erfahrung, die wir bei jeglichem Zusammenschluß, und sei es auch nur auf dem wirtschaftlichen Gebiete, mit den Deutschen und Juden gemacht haben.

Wir wollen die Sache der Beschickung der deutschen Ausstellung allein von dem Gesichtspunkte der materiellen Vorteile aus erwägen. Aber auch hier scheint es uns, daß die Beteiligung unsererseits an der Ausstellung unserem Handel und unserer Industrie nicht nur keine Vorteile bringen wird, sondern daß sie ihnen geradezu schädlich sein kann.

Wer wird denn von deutscher Seite ausstellen? Doch überwiegend die große und die größte Industrie, also die riesenhaften großen Fabrikanlagen Oberschlesiens, die Kohlenbergwerke, Hütten und Fabriken die mehrere Tausende Arbeiter beschäftigen, weiter die Stettiner und Danziger Schiffswerkstätten, welche mit einem Modell mit einem Schlag die ganze polnische Ausstellung kassieren.

Es ist auch im Großherzogtum kein Mangel an großen deutschen Unternehmungen, mit welchen sich unsere Industrie nicht messen kann. Infolgedessen wird die Ausstellung der mittleren und kleinen polnischen Industrie niemandem imponieren können. Das die Ausstellung besuchende Publikum, ja sogar das polnische, wird gegenüber der großen fremden Industrie die eigene Industrie gewissermaßen geringschätzen müssen und wird noch mehr als bisher für die der Fremden eingenommen sein, die ihm imponiert haben. Die polnische Industrie kann nur durch die Beschickung der deutschen Ausstellung verlieren.

Dieselben Rücksichten halten einen überwiegenden Teil der deutschen Industriellen des Großherzogtums von der Teilnahme an der Ausstellung ab. Sie befürchten, daß ihre Erzeugnisse gegen die Darbietungen der großen schlesischen, Stettiner, Danziger u. s. w. Industrie verschwinden und statt ihnen zu nützen, ihnen die Abnehmer abnehmen werden.

Weshalb bemühen sich dennoch die Deutschen die Polen zu der Ausstellung heranzuziehen? Doch zunächst deshalb, damit die polnischen Aussteller durch die Zahlung des Standgeldes zur Deckung der Ausstellungskosten beitragen und vor allen Dingen deshalb, um sich den Besuch der Ausstellung seitens des polnischen Publikums zu sichern. Sobald in der Ausstellung die polnische Industrie vertreten sein wird, wird es niemand den Polen übel nehmen können, daß er die Ausstellung besucht.

Wer das polnische Publikum kennt, der wird sich vollkommen darüber einig sein, daß auf diese Weise zehntausende polnischer Groschen zur Verherrlichung des deutschen Namens in die deutschen Taschen fließen würden.

Somit ergibt sich für die polnische Industrie die Pflicht und die Notwendigkeit, sich an der im Jahre 1911 stattfindenden Ausstellung nicht zu beteiligen.



Es wird von unserer Berufsorganisation abhängen, ob wir in dieser Hinsicht imstande sein werden, einen einmütigen und rücksichtslos solidarischen Standpunkt einzunehmen.

Aus Nr. 274 des Kurjer Poznański (Posen)  
vom 1. Dezember 1909:

In Sachen der vom Bürgertum

### für das Theater aufzubringenden Subvention

erfahren wir, daß von gewisser Seite her gegen die unternommene Aktion aufgetreten wird. Wenngleich wir zu der Volksgemeinschaft das Vertrauen haben, daß sie nicht antikulturellen Einflüsterungen solcher Leute nachgeben wird, welche zu zerstören, aber nicht zu schaffen wissen, so regen wir nochmals an dieser Stelle zur aktiven Teilnahme an der Sanierungsaktion an, und zwar sowohl die Bürger in Posen als auch die in der Provinz, sowohl die aus der Stadt als auch die vom Lande. Nur wenn eine ansehnliche Zahl von Bürgern sich engagiert, wird man die durchaus erforderliche Summe zusammenbekommen. (30 000 Mk. pro Jahr 5 Jahre hindurch.) Die Aktion ist schon auf gutem Wege, es ist bereits eine ansehnliche Zahl von Erklärungen eingegangen, aber bis zum Ziele ist es natürlich noch weit. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß das Komitee in kurzem wird bekannt geben können, daß es das Ziel schon erreicht habe, daß die dauernden materiellen Grundlagen unserer Bühne nebst der polnischen Oper gesichert seien.

Aus Nr. 280 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 8. Dezember 1909:

### Die Zigarettenfabrik „Patria“

deren bisherige Besitzer die Herren Franz Ganowicz und Johann Wleklinski waren, ist in eine Aktien-gesellschaft umgewandelt worden. Das Anlagekapital beträgt 200 000 Mk. in Aktien zu 1000 Mk. Gründer sind die Herren: Franz Ganowicz, Johann Wleklinski, Bankdirektor Michael Wienckowski, Buchhalter und Kontrolleur Wenzel Zupanski, Fabrikinspektor Stephan Szmytkowski, Fabrikleiter Wladislaus Kaliski und Schatzmeister Leo Antczak. Die Gründer sind die Besitzer aller Aktien. Der Aufsichtsrat besteht aus den Herren Direktor der Verbandbank der Genossenschaften Michael Wienckowski, Direktor der Bauernbank Dr. Kaj. Honcia, Arzt Dr. Ignaz Mackiewicz, Direktor der Parzellierungs-genossenschaft der Landwirte Wladislaus Raczmarek und Kaufmann Felix Stychel. Die neue Gesellschaft ist bereits in das Handels-Register eingetragen worden.

Aus Nr. 274 des Lech (Gnesen)  
vom 2. Dezember 1909:

### Geistliche als Germanisatoren.

Vor kurzem berichtete der „Kurjer Poznański“, daß sich Geistliche, die als Religionslehrer an Gymnasien tätig sind, neuer Mittel bedienen, um die Söhne der Beamten zu zwingen, an dem deutschen Vorbereitungsunterrichte teilzunehmen. Diese Schüler werden der polnischen Abteilung nur dann zugeteilt, wenn sie eine schriftliche Erklärung des Vaters beibringen, in welcher ausdrücklich gewünscht wird, daß der Sohn am pol-

nischen Unterrichte teilnehmen möchte. Es versteht sich von selbst, daß in den heutigen Zeiten nur selten ein Vater eine solche Erklärung abgibt, denn er weiß allzu-gut, was dafür von seiten der Behörde seiner wartet. Auf diese Weise sind somit alle Söhne der Beamten von vornherein darauf angewiesen, am deutschen Vor-bereitungsunterrichte teilzunehmen.

Die Wahrheit der Information des „Kurjer“ können wir, was Gnesen anbelangt, leider nur bestätigen. Wir erfahren, daß der vor kurzem am Gnesener Gym-nasium angestellte Religionslehrer, Pfarrer und Professor Prokop, dieselbe Praxis anwendet, indem er die Knaben zwingt, am deutschen Vorbereitungsunterrichte teilzu-nehmen.

Angeichts dessen appellieren wir an die geistliche Behörde, sie möge dagegen einschreiten und diesem germanisatorischen Vorgehen des Pfarrers Prokop ein Ende bereiten.

Außerdem erfahren wir, daß der Geistliche Prokop, der gleichzeitig der Leiter des Gnesener Konvikts ist, Treibjagden auf polnische Bücher jeglichen Inhalts veranstaltet und polnische Bücher, die er bei den Schülern vorfindet, konfisziert. Wir würden das ver- stehen, wenn sich das preußische Herz des Geistlichen Prokop beim Anblick der polnischen Geschichte und Literatur empören würde; doch wir können es nicht begreifen, daß auch Bücher belletristischen Inhalts auf ihn wirken, wie die rote Farbe auf gewisse Geschöpfe. Anstatt die Zeit mit der Jagd nach polnischen Büchern zu vergeuden, sollte Pfarrer Prokop lieber ein pädä-gogisches Handbuch aufschlagen und sich daraus in-formieren, wie man mit der heranwachsenden Jugend umzugehen hat; denn auch in dieser Hinsicht beklagen sich die Schüler über den Präsekt des Konvikts.

Aus Nr. 278 des Lech (Gnesen)  
vom 7. Dezember 1909:

### Der Geistliche Prokop berichtigt!

Von dem Geistlichen Prokop haben wir ein Schreiben erhalten, in welchem er auf Grund des § 11 des Preßgesetzes die Veröffentlichung der uns eingesandten Berichtigung der in dem Artikel (Lech Nr. 274) „Geistliche Germanisatoren“ enthaltenen Vorwürfe fordert und zwar in deutscher Sprache. Mit Erlaubnis, Herr Geistlicher Prokop, augenblicklich sind wir noch Herren unseres Blattes und wir erlauben es nicht, uns fremde Sprachen, sogar bei Berichtigungen aufzubürden. In der Übersetzung lautet die Berichtigung wie folgt:

1. Es ist unwahr, daß die Beamten-söhne polnischer Nationalität durch mich zur Teilnahme an dem deut-schen Beichtunterricht gezwungen werden.

2. Es ist unwahr, daß ich polnische Bücher zu lesen verbiete, auch solche belletristischen Inhalts und daß ich solche konfisziere. Dagegen führe ich im Kon-vikt eine Bücherkontrolle und konfisziere solche Bücher, welche in Sachen des Glaubens und der Moral Zweifel erwecken, und zwar tue ich das mit Wissen und Willen der geistlichen Behörde. Dabei mache ich keinen Unterschied zwischen deutschen und polnischen Büchern.

3. Es ist richtig, daß die zur Ausschweifung und zum Ungehorsam neigenden Schüler sich gegen die im Konvikt gegenwärtig herrschenden Vorschriften und Verordnungen beschwert haben. Von den 7 älteren Schülern wurde einer am 30. November auf Grund des einstimmigen Beschlusses des hochlöblichen Kuratoriums ausgeschlossen. Zwei andere Schüler erhielten vom Kuratorium für ihr unwürdiges Verhalten strenge Tadel. Diese beiden



sowie noch vier andere Schüler wurden wegen verschiedener Übertretungen zu Stubenarrest verurteilt.

Profop,  
Religionslehrer und Vorsteher des Konvikts.

So weit die „Berichtigung“ des Geistlichen Profop. Infolgedessen bestätigen wir erneut: Es ist richtig, daß der Geistliche Profop von den Beamtenführern eine schriftliche Bescheinigung ihrer Väter verlangt, inwieweit die Söhne an dem Vorbereitungsunterricht in polnischer Sprache teilnehmen sollen.

Es ist richtig, daß der Geistliche Profop den im Konvikt untergebrachten Schülern polnische Bücher, wie polnische Geschichte und Literatur, wegnimmt.

Bisher wußten wir nicht, daß der Inhalt dieser Bücher Zweifel in Sachen des Glaubens und der Moral erwecken und daß die geistliche Behörde mit der Konfiszierung jener Bücher einverstanden ist. Der Auffassung des Geistlichen Profop nach könnten schließlich sogar die Werke von Mickiewicz und Slowacki hinsichtlich des Glaubens und der Moral als unzulässig angesehen werden. Wir würden schöne Verhältnisse erleben, wenn in dieser Beziehung das Urteil von Geistlichen kompetent sein sollte, welche, obwohl sie sehr gut die polnische Sprache beherrschen, an die Redaktion eines polnischen Blattes Berichtigungen in deutscher Sprache schicken und fordern, sie in dieser Sprache einzurücken.

Was den letzten Punkt der Berichtigung anbelangt, so wollen wir uns über diesen nicht weiter auslassen, wir behaupten, daß die Charakterisierung der ersten beiden Punkte der Berichtigung zur Beurteilung des dritten Punktes ausreichen wird. Wir wenden uns nochmals mit der dringenden Bitte an die geistliche Behörde, den Übergriffen des Geistlichen Profop ein Ende zu machen.

Aus Nr. 274 des Kurjer Poznański (Posen)  
vom 1. Dezember 1909:

#### Annoncen in deutscher Sprache,

namentlich solche der Firma Rathreiner (Malzkaffee), erscheinen gegenwärtig noch im „Dziennik Słonski“ (Katolik) und zwar sogar nicht in lateinischem, sondern in gotischem Druck.

Zur Aufklärung muß hinzugefügt werden, daß bis vor kurzem eine ganze Reihe polnischer Blätter die Annoncen jener Firma in deutscher Sprache abgedruckt hat. Die Sache ist jedoch in dem vor einigen Monaten gegründeten Verein polnischer Verleger berührt worden mit dem Erfolge, daß die diesem Verein angehörenden polnischen Verleger einen Beschluß faßten, auf Grund dessen sie versprachen, sie würden, sobald der Termin des mit jener Firma abgeschlossenen Kontrakts abgelaufen sein werde, fernerhin deutsche Inserate nicht mehr aufnehmen. Nach diesem Versprechen hat sich auch, soviel uns bekannt ist, die Allgemeinheit der Verleger gerichtet. Der Vertrag mit der Firma Rathreiner ist nämlich abgelaufen, und diese Firma hat dank dem solidarischen Auftreten der polnischen Verleger von ihrer kategorischen Forderung, daß die Inserate in deutschem Wortlaut neben dem polnischen aufzunehmen seien, Abstand genommen. Sie hat mit vielen Blättern einen neuen Kontrakt abgeschlossen, auf Grund dessen diese Blätter die Annoncen der Firma Rathreiner ausschließlich in polnischer Sprache aufnehmen. Dieses Zugeständnis — wir wiederholen es — haben die polnischen Verleger einzig dank ihrem solidarischen Auftreten durchgesetzt.

Wie schädlich deutsche Annoncen in einem polnischen Blatte sind, das braucht nicht speziell nach-

gewiesen zu werden. Wir haben das nämlich schon vor einigen Monaten getan, als die Angelegenheit der deutschen Annoncen in unserer Presse zur Sprache gebracht wurde. Hervorgehoben muß jedoch werden, daß die Schädlichkeit der deutschen Inserate besonders in der Volkspresse und namentlich in Schlesien groß ist, wo das Nationalbewußtsein noch der allseitigen Vertiefung entbehrt.

Ein solcher Bruch der Solidarität der Allgemeinheit der polnischen Verleger, wie ihn sich hat der „Dziennik Polski“ zuschulden kommen lassen, ist um so mehr zu tadeln, als er denjenigen polnischen Verlegern den Standpunkt erschwert, welche an den Beschlüssen des Vereins festhalten und den fremden Firmen die Aufnahme von deutschabgefaßten Annoncen abschlagen. Ein solcher Solidaritätsbruch wirkt demoralisierend auf die, welche dem moralischen Drängen ihrer Kollegen nachgegeben und versprochen haben, sie würden fernerhin deutsche Annoncen nicht aufnehmen.

Und schon wirkliche Verwunderung ruft der Umstand hervor, daß den Beschluß des Vereins polnischer Verleger ein Blatt geringachtet hat, welches dem Verein angehört, und zwar ein Blatt, dessen Verleger und Leiter, der Abg. Rapierski, den Gründern des Vereins der polnischen Verleger angehört und dessen Vorstandsmitglied er ist.

Aus Nr. 277 des Kurjer Poznański (Posen)  
vom 4. Dezember 1909:

#### Aus dem Kaufmännischen Verband.

Der Vorstand des Verbandes hat sich in seinen letzten Versammlungen, wie wir in dem „Kupiec“ lesen außer mit den laufenden Sachen bezüglich der Organisation und des kaufmännischen Vereins „Bruderhilfe“ besonders mit der Angelegenheit der Warenhäuser auf dem Dorfe sowie mit dem projektierten Kolonialwarengroßhause in Posen befaßt. Trotz aller Bemühungen der betreffenden Kommission und des Vorstandes ist es bisher nicht gelungen, das letztere Projekt zu verwirklichen, da die interessierte Kaufmannschaft eine abwartende Stellung einnimmt.

Nach Verständigung mit mehreren hervorragenden Vertretern der Kolonialwarenbranche beschloß man, die Vorstände der Verbandsvereine noch einmal aufzufordern, die Angelegenheit des Kolonialwarenhauses in Posen in den Versammlungen auf die Tagesordnung zu setzen sowie Unterschriften für Erklärungen zu dieser Angelegenheit zu sammeln. Für die Ortschaften ohne Vereine werden die betreffenden Erklärungen zu Händen hervorragender Personen übersandt.

Sollten bis Anfang Februar künftigen Jahres nicht genügend Erklärungen gesammelt sein, so wird sich der Verbandsvorstand mit dieser Angelegenheit nicht weiter befassen.

Nähere Informationen erteilt an Interessenten das Verbandsbureau.

Aus Nr. 280 des Ogródnik (Posen)  
vom 8. Dezember 1909:

#### Germanisierungsabende.

Die Schule allein als solche trägt nach Ansicht der Hausfrauen durch die Schulstunden noch nicht genügend zur Germanisierung unserer Kinder bei. Notwendigerweise mußte noch etwas Besseres ausfindig gemacht werden, etwas, was in den Kindern keine solche Unlust wecken würde, wie der Unterricht, der mit Hilfe von Mitteln eingepreßt wird, die den Grundsätzen der neuzeitigen Erziehung nicht entsprechen.



Und es fand sich ein Mittel, durch das man wirklich in die Kinderseele das Samen Korn der Germanisierung leichter einsenken, womit man aus der Seele des Kindes diese polnischen Keime vertreiben kann, die aus dem Mutterherzen gezogen wurden und die sich in jedem, auch im ärmsten polnischen Hause finden. Dieses Mittel sind die Germanisierungsabende, es sind jene berühmten „Volksunterhaltungsabende“, zu denen die Kinder geradezu herbeigetrieben und zu denen auch die Eltern gelockt werden.

Solche Abende veranstalten Beamte, in erster Linie die Lehrer mit dem Wunsche, Ötmarkenzulagen und andere Remunerationen, sei es in Gestalt von besseren Stellen oder in Gestalt der Gunst der Vorgesetzten oder in der Form von klingender Münze zu bekommen. Natürlich kann ihnen das niemand wehren.

Doch mögen sie zu diesen Abenden nicht unser Volk herbeiziehen, mögen sie unsern Volk und unsern Kindern nicht Gefallen an der preußischen „Kultur“ einprägen, an dieser „Kultur“, deren Frucht alle antipolnischen Gesetze sind.

Besonders in den kleinen Städten und Dörfern sind viele Leute davon überzeugt, daß die Lehrer das Recht besitzen, der Schuljugend zu befehlen, die Germanisierungsabende zu besuchen. Eine solche Ansicht ist irrig. Außerhalb der Schule steht einzig den Eltern das Recht zu, über ihre Kinder zu verfügen. Von diesem Recht sollten die Eltern Gebrauch machen — es ist dies geradezu eine nationale Pflicht — und sie sollten ihren Kindern nicht gestatten, dahin zu gehen, wo die Gefahr der Germanisierung auf sie lauert. Wer nicht so verführe, der würde seine Kinder, die man so wie so bereits amtlich germanisiert, der freiwilligen Germanisierung aussetzen.

Für uns ist in den Germanisierungsabenden kein Platz. In vielen unserer Städte finden volkstümliche Vorträge und Vorlesungen statt, zum Teil verbunden mit der Vorführung von Lichtbildern, mit Deklamationen und Gesangsvorführungen. Eilen wir recht zahlreich zu diesen Unterhaltungsabenden. Aus ihnen werden wir bedeutende Vorteile davontragen, indem wir belehrende Vorlesungen, Dichtungen unserer Seher, unsere den Geist erhebenden Lieder hören. Dort werden wir das polnische Wort hören, das uns hundertmal lieber ist als die fremde Sprache, die wir an sich nicht gut verstehen. Leider haben sich noch nicht überall Wohlgesinnte an die Veranstaltung solcher polnischer Volksunterhaltungsabende gemacht. Nicht überall haben sich Leute gefunden, welche für die höchst kulturelle Bedeutung solcher Abende Verständnis besitzen. Da, wo die Intelligenz sich zu solcher Arbeit nicht bewogen fühlt, dort sollte der Mittelstand selbst die Sache der Veranstaltung von Volksunterhaltungsabenden in die Hand nehmen. Veranstalten doch unsere Vereine alljährlich eine oder zwei Dilettantenvorstellungen, die oft sehr gut gelingen. Ebenso gut werden die Volksunterhaltungsabende gelingen, die sich gewissermaßen leichter veranstalten lassen, als eine Dilettantenvorstellung. Man kann nicht annehmen, daß sich in einer gegebenen Ortschaft nicht jemand finden sollte, der einen Vortrag zu halten weiß, — und schließlich wird sich in der Umgegend ein Bereitwilliger finden.

Komitees, die sich zwecks Veranstaltung von Volksunterhaltungsabenden bilden sollten, Komitees, die sich aus unseren verständigeren Handwerkern und Gewerbetreibenden in den Städtchen, aus aufgeklärten bäuerlichen Wirten in den Dörfern zusammensetzen, ihnen würde die Organisation des Volksbibliothekenvereins, wie wir sie heute fast in jedem Kreise haben, gern zu Hilfe eilen. Die Delegierten des Volksbibliothekenvereins würden solchen Komitees die Arbeit erleichtern.

Angeichts dessen regen wir unseren Mittelstand unsere Volkskreise an, auf dem Bildungsgebiet zur Selbsthilfe zu greifen, sofern sonst niemand sich an diese Arbeit sollte machen wollen.

Unzählig sind die Ortschaften, wo Initiative durchaus nötig ist. Kaum in einigen größeren Städten veranstaltet man Volksunterhaltungsabende, welche den von Lehrern oder anderen Regierungsaktoren veranstalteten Germanisierungsabenden mit Erfolg entgegenwirken können.

Aus Nr. 277 des Kurjer Poznański (Posen)  
vom 4. Dezember 1909:

**Eine landschaftliche Genossenschaft** ist, wie wir in dem Ratgeber für Genossenschaften lesen, in Gollantsch gegründet worden. Diese neue Genossenschaft ist schon im Oktober in das Handelsregister eingetragen worden. Zum Vorstand gehören: Franz Włodarkiewicz und Johann Pawlicki aus Gollantsch und Propst Duczmal aus Hoyen.

Aus Nr. 277 des Kurjer Poznański (Posen)  
vom 4. Dezember 1909:

### **Ein „Rolnik“ in Grätz.**

Grätz, den 2. Dezember.

Dank der Initiative des Propstes Bialas aus Rudhorice wurde wieder ein neuer „Rolnik“ ins Leben gerufen, eine G. m. b. H. in Grätz. Die ziemlich zahlreiche Versammlung leitete in dem geräumigen Saale der Konditorei des Herrn Wojciechowski der durch seinen Eifer für die soziale Angelegenheit bekannte Kanonikus Adamski aus Posen, welcher auf diesem Gebiete sehr erfahren ist. Er hat es verstanden, die Angelegenheit des hier sehr nötigen „Rolnik“ so sachlich vorzutragen, daß sich sofort 40 Mitglieder meldeten, einige davon mit den höchstzulässigen Anteilen. Das Interesse für die Angelegenheit am „Rolnik“ veranlaßte auch aus der entfernteren Umgebung von Grätz eine ziemliche Anzahl von Vertretern sowohl größerer wie kleinerer Besitz und städtischer Bürger zum Erscheinen.

Die Stimmung war allgemein ernst; jede einzelne Frage wurde ruhig und sachlich erörtert und fast einstimmig beschlossen, so daß man in zwei Stunden mit der ganzen Angelegenheit fertig war, denn auch den Vorstand und den Aufsichtsrat, bestehend aus neun Mitgliedern, hatte man gewählt. Zum Vorsitzenden im Aufsichtsrat wurde Graf Johann v. Zoltowski aus Ujazd gewählt. Die Geistlichkeit aus der Umgegend war ziemlich zahlreich vertreten; dafür glänzte, wie gewöhnlich bei solchen Anlässen, die Ortsgeistlichkeit durch unbegründetes Nichterscheinen.

Einer der Teilnehmer.

Aus Nr. 49 des Robotnik (Posen)  
vom 5. Dezember 1909:

### **Die Polizei und die Arbeitervereine.**

Wir haben es vorausgesehen, daß wir infolge des neuen Vereinsgesetzes so manche Schwierigkeiten und so manchen Kampf werden durchmachen müssen.

Solche Kämpfe haben nun endgültig seit einigen Wochen begonnen.



Die Polizei schreibt an die Vereinsvorstände Briefe, worin sie nach verschiedenen Sachen fragt. In manchen Fällen ist die Neugierde der Polizeibeamten eine geradezu wunderbare.

So fragen sie z. B. an, wieviel Mitglieder der Verein zählt; eine andere Polizeibehörde machte es noch besser, sie ließ sich sogar ein Verzeichnis sämtlicher Mitglieder einreichen.

Eine andere wieder vertieft sich in unsere Kassen, sie fragt neugierig aus, wie hoch die Einnahmen und Ausgaben wären, wieviel das Beitrittsgehalt betrüge, wieviel monatlicher Beitrag gezahlt würde und wozu das Geld ausgegeben würde. Die Polizeibehörden sind auch manchmal neugierig, wer Vorträge hält, wann und wodie Versammlungen usw. stattfinden.

Solche verschiedenen Anfragen könnte man sehr viele aufzählen.

Man kann sagen, daß unsere Vorstände die Sache schon erkannt haben, man sieht, daß der „Robottnik“ fleißig gelesen wird.

Ob die Polizeibehörden wirklich das Recht haben, nach solchen Kleinigkeiten zu fragen? Nun, man kann ihnen doch das Fragen nicht verbieten, eine andere Sache ist es, ob die Vorstände unserer Vereine verpflichtet sind, auf die Anfragen Antwort zu geben.

Im Grunde genommen muß man sagen, daß man auf jede Anfrage irgend eine Antwort geben muß, nur nicht immer eine solche, wie sie die Polizeibehörde wünscht.

Wir können keine allgemeinen Fingerzeige geben, welche für jeden Vorfall hinreichen würden, und deshalb erneuern wir die Bitte, die Vorstände mögen jede Aufforderung der Polizeibehörde dem Hauptvorstande einreichen, welcher eine entsprechende Antwort auf die Anfrage erteilen wird.

Wir geben heute nur ein Beispiel an. Es kommt vor, daß ein Polizeibeamter, wenn auch unrechtmäßig, die Versammlung auflöst. Was soll man dann tun? Wir raten, ruhig auseinander zu gehen, denn es könnte leicht zu einem unliebsamen Prozeß kommen, aber nach der Auflösung müßte der Vorsitzende der Versammlung sofort folgenden Brief an die Polizeibehörde richten:

N. . . . ., den 5. Dezember 1909.

An die  
Königl. Polizeiverwaltung in . . . . .

Die am 5. Dezember d. J. von mir geleitete Mitgliederversammlung des katholischen Arbeitervereins zu N. . . . . ist von einem Polizeibeamten aufgelöst worden. Ich beantrage, als Leiter dieser Versammlung, auf Grund des § 14 des Reichsvereinsgesetzes, mir die Gründe der Auflösung schriftlich mitzuteilen.

N. . . . .,

Leiter der Versammlung.

Zur Einreichung eines solchen Antrages sieht das Gesetz nur drei Tage Frist vor. Wenn nun die Polizeibehörde irgend eine Versammlung auflöst, so muß sofort ein solcher Antrag an die Polizeibehörde gesandt werden. Würde man die Sache erst an den Hauptvorstand schicken, so könnte man die dreitägige Frist und damit das Recht, zu verlangen, uns die Gründe der Auflösung anzugeben, verlieren.

Die Antwort der Polizeibehörde auf einen solchen Antrag muß sofort an den Hauptvorstand gesandt werden.

Wir machen auch darauf aufmerksam, daß der Antrag von dem unterschrieben werden muß, der die Versammlung leitete. Ein anderer hat nicht das Recht, einen solchen Antrag zu stellen, als nur allein der Versammlungsleiter.

Wenn nun in einer Versammlung z. B. ein eingeladenes Mitglied des Hauptvorstandes die

Versammlung leiten würde, so muß er durchaus diesen Antrag unterschreiben und nicht der Patron oder der Vereinsvorsitzende, wenn sie auch in der Versammlung zugegen waren.

In einer gewissen Gegend gibt die Polizeibehörde zu, daß sie nach dem Vereinsgesetz kein Recht habe, nach der Anzahl der Mitglieder und nach der Zeit der Versammlungen zu fragen, sie beruft sich jedoch auf den § 132 des Landesverwaltungsgesetzes, indem sie behauptet, daß die Polizeibehörde eine gewünschte Aufklärung verlangen könne. Aber auch hier können wir den Polizeibehörden nachweisen, daß sie sich irren. Dieses alles wird nur noch eine gewisse Zeit dauern. Die strittigen Angelegenheiten müssen erst drei Instanzen bzw. drei Gerichte durchgehen, und erst das letzte Gericht fällt das Urteil, welches dann rechtskräftig wird.

Nach und nach werden wir solche Erkenntnisse erlangen.

Vorläufig bitten wir, alle polizeilichen Anfragen an den Hauptvorstand zu schicken.

## Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 143 des Pielgrzym (Belpsin)  
vom 30. November 1909:

### Aus der Diözese.

Ein Gedanke kam mir in diesen Tagen in den Sinn, als der Reisende einer Paramentenfirma mir durchaus die Erzeugnisse seiner Fabrik aufdrängte.

Ich dachte nämlich: wir geben jährlich in den polnischen Parochien unserer Diözese, schon sehr bescheiden gerechnet, mehrere Tausend Mark für Kirchenparamente aus. Wieviel mag wohl von diesen Tausenden polnischen Geldes in die Taschen polnischer Fabrikanten fließen? Gewiß nur ein sehr geringer Teil, ein Witwengroschen. Und den Rest, den Löwenanteil, nehmen deutsche Firmen.

Und doch, wenn wir Leuchter, Kelche, Monstranzen oder Zinn-, Kupfer-, Silber- und Goldgeräte kaufen wollen, oder neue Ornate, Kuten, Kelchtücher, Kirchenwäsche, oder auch die bescheidensten bzw. kostbaren Handarbeiten, für alles das finden wir auch polnische Firmen, die alle unsere Bestellungen geschmackvoll, stilgerecht, ehrlich und gewiß auch bedeutend billiger ausführen würden.

Es sei mir erlaubt, Firmen anzuführen: Krut, Stark, Wujek, Eichstaedt und Karlowski in Posen.

Und was die Kirchenparamente anlangt, so haben wir doch in Belpsin einen Paramentenverein, der sehr geschmackvoll und billig arbeitet und außerdem sehr viel Gutes für die armen Kirchen tut.

Ich habe gehört, daß dieser Verein in finanzieller Beziehung immer mehr zurückgeht, und daß er angeblich sogar seine weitere Arbeit einstellen müßte. Und weshalb? Weil — ich bitte um Entschuldigung, aber es ist Tatsache — unsere Geistlichkeit die polnischen Groschen ihrer Parochianen fremden, natürlich deutschen Firmen zukommen läßt und so, zwar unbewußt und ohne Überlegung, zu einer neuen Art von „Enteignung“ beiträgt.

Diese fremde Ware ist jedenfalls nicht besser und auch nicht billiger, im Gegenteil, sie ist schlechter und meistens auch teurer. Aber der Reisende kommt ins Haus, legt alles fertig vor, oder aber die Firma schickt jährlich mindestens einmal ein illustriertes Preisverzeichnis, na und es wird gekauft und der polnische Groschen den Deutschen gegeben, und unsere Firmen gehen zurück.



Weshalb schicken aber unsere Firmen nicht Reisende herum, warum verschicken sie keine Preisverzeichnisse usw., wird mancher fragen?

Warum? Das ist ganz klar: die Deutschen kaufen nicht von polnischen Firmen, und wir kaufen von den Deutschen; woher sollen dann unsere Paramenten-Firmen oder -Bereine das Geld zu Preisverzeichnissen oder Reisenden hernehmen? Bitten wir aber um eine Ansichtsendung, und sie werden die Sachen auch schicken. Kaufen wir alle immer von ihnen, dann werden wir mit der Zeit von den polnischen Firmen auch Preisverzeichnisse bekommen usw.

Ehrwürdige Brüder, sagen wir uns energisch und entschieden wenn jetzt ein Reisender einer fremden Firma kommt, dann weise ich ihn höflich hinaus, und kaufe und bestelle entweder in Pselplin oder irgendwo bei einer anderen polnischen Firma. Denn es ist doch eine berechnete Forderung, daß man für die polnischen Groschen unserer Parochianen auch bei einer polnischen Firma Ornate, Kelche und Leuchter anschafft, und schließlich auch den Altar und die Kapelle, und sogar auch den Wein, der zur heiligen Messe dient, das Öl, welches in der ewigen Lampe brennt, und die Lichte — ob Wach- oder Stearinlichte —, die wir in der Kirche gebrauchen. Und wenn wir das bei einer polnischen Firma nicht bekommen können, dann beziehen wir es wenigstens durch eine polnische Firma, dann wird dieser Landsmann wenigstens etwas daran verdienen.

Ehrwürdige Brüder, wir stehen an bevorzugter Stelle, laßt uns deshalb mit gutem Beispiel vorangehen!

Geistlicher R.

Aus Nr. 145 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)  
vom 4. Dezember 1909:

### Die Thronrede,

welche der Kaiser bei der diesjährigen Reichstags-eröffnung verlesen hat, fällt ihrer außergewöhnlichen Farblosigkeit wegen auf, durch die sie sich auszeichnet. Die letzte Thronrede hat der Kaiser nach den Wahlen im Jahre 1907 verlesen, also nach denjenigen Wahlen, aus denen der verstorbene Bloß hervorgegangen war. Die damalige Thronrede war ein Werk des Fürsten Bülow, und war unter dem Eindruck der Wahlen geschrieben, die nach seinem Wunsch ausgefallen waren, weil es ihm damals gelungen war, den Bloß zu schaffen, welcher der Durchführung verschiedener nationaldeutscher Projekte dienen sollte. Deshalb war jene Thronrede auch voll von Sätzen über nationale Pflichten, über nationale Aufgaben, über nationale Arbeit usw. Daß zu diesen nationalen Aufgaben des Bloß auch der Kampf gegen die Polen im Reichstage gehören sollte, sah man damals gleich voraus, und bald beschloß auch der nationale Bloß gewisse antipolnische Gesetze im Reichstag — das Enteignungsgesetz und das Sprachenverbot. Und es ist bekannt, daß diesem ersten antipolnischen Gesetz bald andere folgen sollten, wie z. B. ein Gesetz gegen die polnischen Zeitungen.

In der diesjährigen Thronrede war von diesen Sätzen über nationale Arbeit, über nationale Aufgaben usw. nichts vorhanden. Die Thronrede zählt nur eine Reihe verschiedener Projekte auf, die der Reichstag erledigen soll, und von denen wir als das wichtigste das neue Gesetz über die Alters- und Invaliditätsversicherung, und das Gesetz über die Arbeiter-Witwen- und Waisen-Versicherung ansehen. Die am vergangenen Dienstag vom Kaiser verlesene Thronrede ist der beste Beweis, wie sehr sich im Reichstag die Verhältnisse geändert haben, seitdem bei der Finanzreform durch

die Stimmen der polnischen Abgeordneten Bülow gefallen und der Bloß zertrümmert worden ist.

Diese Thronrede ist für uns ein Beweis, daß die deutsche Regierung es begriffen hat, daß im gegenwärtigen Augenblick an die Durchführung weiterer antipolnischer Gesetze nicht gedacht werden kann.

Diese Sicherheit wird unsere polnische Gesamtheit gewiß mit nicht geringer Befriedigung erfüllen. Sie wird wenigstens vor dem deutschen Reichstag — dank der Arbeit der polnischen Fraktion — Ruhe haben.

Aus Nr. 145 des Pielgrzym (Pselplin)  
vom 4. Dezember 1909:

### Sierakowiz.

Eine neue Genossenschaft unter dem Namen „Bazar“ hat sich hier gegründet, um ein Kurzwarengeschäft zu betreiben. Das ist die vierte Erwerbsgenossenschaft, die hier in kurzer Zeit entstanden ist. Erst ist die Volksbank gegründet worden, dann eine Gesellschaft zur Herstellung von Ziegelsteinen und Kalk, und nachher eine Genossenschaft zum Verkauf von Mostsch.

Aus Nr. 145 der Gazeta Gdańska (Danzig)  
vom 4. Dezember 1909:

### Dirschau.

In welcher Weise die Behörden die bürgerliche Freiheit knebeln, beweist die Versetzung einiger katholischer Eisenbahnbeamten von Dirschau nach ganz protestantischen Gegenden. Und so ist vor kurzer Zeit der in den Eisenbahnwerkstätten beschäftigte königliche Werkmeister Herr Jendrzynski „im Interesse des Dienstes“ von hier nach Bitterfeld, Provinz Sachsen, versetzt worden. Selbstverständlich ist der Ausdruck „im Interesse des Dienstes“ nur ein Deckmantel, mit dem die Versetzung gewissermaßen gerechtfertigt wird. Tatsächlich ist Herr Jendrzynski deswegen versetzt worden, weil er sich an den Arbeiten des katholischen „Volksvereins“ aktiv beteiligt und als guter Katholik überhaupt in allen Angelegenheiten mitgewirkt hat, welche die Entwicklung des katholischen Lebens in Dirschau betreffen. Mit den bei der Eisenbahn beschäftigten Arbeitern und Handwerkern wird dagegen kurzer Prozeß gemacht. Wenn nur irgend ein Haktist erfährt, daß sich dieser oder jener Arbeiter und Handwerker an dem Vereinsleben der katholischen und besonders der polnischen Vereine aktiv beteiligt und der vorgesetzten Behörde davon Mitteilung macht, dann hat die letzte Stunde dieses katholischen Arbeiters oder Handwerkers geschlagen. Dann wird er aus der Arbeit entlassen, und er kann sich sein Brot in der Fremde suchen. Vor einiger Zeit ist der schon seit 7 Jahren in den Eisenbahnwerkstätten beschäftigte Schmied Herr Theodor Tuszynski aus der Arbeit entlassen worden. Als Grund der Entlassung hat die Behörde die Äußerung des Herrn Tuszynski angesehen: „Ich lasse mich nicht hintanziehen“, die er bei der Einhandigung des Lohnzettels, auf dem durch ein Versehen für Herrn Tuszynski zu wenig Lohn vermerkt war, dem Werkmeister gegenüber gemacht hat. Die ganze Angelegenheit ist mit dem Erfolg zu Protokoll genommen worden, daß ihm in 14 Tagen die Arbeit gekündigt wurde. Dieser Vorgang ist nur als Vorwand zur Rechtfertigung der Entlassung benutzt worden. Denn ein Werkmeister hat gesagt, daß Herr Tuszynski aus der Arbeit entlassen worden sei, weil er einem polnischen Verein angehört habe. Indessen



hat Herr Tuszyński keinem katholischen, viel weniger einem polnischen Verein angehört. Das ist nur einer der zahlreichen ähnlichen Fälle. Herr Tuszyński hat sich in dieser Sache mit einer Beschwerde an Herrn Brejski gewandt.

Wenn nur irgend ein Eisenbahn-Beamter, -Handwerker oder -Arbeiter zu Hause mit der Familie polnisch spricht und die Behörde das erfährt, dann ist ihr gleich ein Grund gegeben, ihn aus der Dienstwohnung herauszuweisen. In dieser Weise werden die Bürger in dem Staate der Kultur und Gottesfurcht behandelt.

Es wird das beste sein, wenn kein Pole in staatlichen Werken Arbeit annimmt, denn dort fliegt er doch, früher oder später, heraus. Wenn sich aber die in Privatwerken beschäftigten Handwerker und Arbeiter vor ähnlichen Übergriffen der Arbeitgeber schützen wollen, dann mögen sie alle wie ein Mann der Polnischen Berufsvereinigung beitreten, welche die Interessen der Arbeitnehmer aufrichtig verteidigt.

Ein Wachsamere.

Aus Nr. 146 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)  
vom 7. Dezember 1909:

### Deutsch-russische Freundschaft.

(Text unter einer entsprechenden Abbildung.)

**Der russische Bär:** Na was willst du, Herr schwarzer Adler? Du starrst mich so an, als wenn du deinen blutrünstigen Schnabel in meinen Leib versenken wolltest. Aber du kannst dich doch über mich wohl nicht beklagen, denn ich kümmere mich mehr um deine Jungen als um meine eigenen.

**Der preussische Adler:** Und gerade deshalb können wir noch in Freundschaft leben. Höchstens, daß du vergessen solltest, was du mir an Achtung schuldig bist, oder daß du aus den polnischen Gefilden nach deiner russischen Wüste ausrücken solltest, ja dann würden wir versuchen, schneller von Berlin nach Petersburg zu fahren, als von Petersburg nach Berlin. Ich würde nicht warten, bis Fürst Mirski anfängt, mich zu zerteilen, wie einstmal ich und du Polen zerteilt haben. So dumm würde ich nicht sein.

Aus Nr. 279 des Goniec Wielkopolski (Posen)  
vom 7. Dezember 1909:

### Der Hafatismus in Zoppot.

Aus Zoppot schreibt man uns:

Am vorigen Mittwoch fand hier eine Versammlung der Hafatisten im Hotel „Kaiserhof“ statt, welches immer noch an Schwindsucht leidet. Der Vorsitzende Herr Schulz, der tagsüber in Danzig Nasen und Ohren repariert und sich am Abend in Zoppot den Kopf zerbricht über das Los des „bedrückten Deutschtums in der Kaschubei“, beklagte sich hauptsächlich über den Mangel an Unterstützung seitens des hiesigen deutschen Publikums. Man trete nicht nur nicht dem Ostmarkenverein bei, sondern scheide sogar aus ihm aus rein materiellen Rücksichten aus. Die Polen hingegen machten ungeheure (?) Fortschritte, richteten neue Pensionate ein, bauten Vereinshäuser, gründeten Banken, kauften Häuser usw. und verdrängten überall die Deutschen.

Der Herr „Nasendoktor“, wie man ihn hier nennt, ein unscheinbarer, rotbärtiger, nicht mehr junger Kavaler, macht übrigens gewöhnlich den Eindruck, als hätte er einen Hering gegessen. Diese Unzufriedenheit soll

dadurch veranlaßt sein, daß in dem „rein“ deutschen Danzig die durchtriebenen Polen sich sogar schon auf das Heilen der Nasen werfen!

Dann entzückte die zahlreich Versammelten der bekannte Commis voyageur des Hafatismus, der „ur-deutsche“ Pastor Gelonec aus Wichnow bei Danzig, nach den Danziger Neuesten Nachrichten einer der sympathischsten und glänzendsten Ostmarkenredner. Der Herr Pastor sagte u. a. auch, die Ostmark sei ursprünglich deutsches Land und die Polen lügen, wenn sie behaupteten, die Kaschuben seien Polen, denn diese gehörten zu den Wenden. (!) Das soll zweifellos besagen, daß die Kaschuben ebenso im germanischen Meere untergehen müßten, wie das mit den Wenden geschehen ist.

Dem Herrn Pastor ist offenbar nicht bekannt, daß jede der zahlreichen deutschen Mundarten sich bedeutend wesentlicher von der deutschen Buchsprache unterscheidet, als die kaschubische Sprache von der polnischen.

Der witzige Pastor verwandte sogar den Titel der Sienkiewicz'schen Erzählung „Quo vadis“, um das bedrohte Zoppot zu größerer Energie gegen den polnischen Andrang in Bewegung zu setzen.

Würde irgend ein katholischer Geistlicher mit solchen Reden im Interesse der bedrückten Polen herumreisen, dann würde der ganze Hafatismus schreien: „Wo ist der Bischof, der Staatsanwalt und die Polizei?“

Aus Nr. 146 der Gazeta Gdańska (Danzig)  
vom 7. Dezember 1909:

### Dirschau.

Wir fordern unsere Landsleute in Dirschau noch einmal eindringlich auf, sich an der am 9. Dezember stattfindenden Gemeinderepräsentantenwahl eifrigst zu beteiligen. Von dem Kirchenvorstand und der Kirchenvertretung hängt nämlich die zukünftige Lage der polnischen Parochien in Dirschau sehr ab. Es handelt sich darum, dem Deutschtum, das durch Türen und Fenster in die dortige Kirche eindringt, entgegenzuarbeiten. Es wird nämlich schon seit langem in Dirschau für eine Einschränkung der polnischen Predigten und des polnischen Gesanges agitiert. Die künftigen polnischen Andachten werden vorwiegend davon abhängig sein, ob im Kirchenvorstand und in der Gemeindevertretung Deutsche oder Polen sitzen werden. Daher an die Agitation für die polnischen Kandidaten, Brüder! Denn es wäre eine Schande, wenn in einer durch und durch polnischen Parochie, wie es Dirschau ist, die Deutschen die Verwaltung in Händen haben sollten.

Aus Nr. 146 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)  
vom 7. Dezember 1909:

### Unseren Kaufleuten und Gewerbetreibenden zur Beachtung.

In dem mächtigen Deutschen Reich spielt sich seit 30 Jahren eine wirtschaftliche Revolution ab. Es ist das in der Geschichte der Menschheit etwas Unerhörtes. Der durch und durch landwirtschaftliche Staat ist im Verlauf von drei Jahrzehnten durch und durch Industrie-Staat geworden und hat mit seinen Erzeugnissen die ganze Erdfugel überschwemmt. Es scheint, als wenn neue Kreuzritterscharen wie Heuschrecken nach Osten, Süden und Westen ziehen, aber anstatt des Schwertes, eine Wage, eine Elle und einen Hammer in ihren Händen tragen. Mit dieser Waffe beherrschen sie das Grenzland, schaffen sie eine Industrie, liefern sie Kolonisten, Staatsmänner, Geld, bauen sie Eisenbahnen, errichten sie deutsche



Häuser und sie gründen Banken. Überall wo wir nur hinblicken, sind Jahr für Jahr ganze Gruppen Deutscher gelandet, sie wirtschaften wie auf eigenem Grund und Boden und schließlich schreien sie aus vollem Halse: „Wir Deutschen fürchten niemand außer Gott“.

Das ist einer der schrecklichsten Überfälle in der Weltgeschichte; er ist hundertmal schlimmer als ein kriegerischer Überfall, dem man ein Bündnis entgegenstellen, gegen den man Armeen vergrößern und Schiffe bauen kann, gegen einen industriellen kolonisierten Friedensüberfall ist man aber fast machtlos. Mit einem Wort: die Eroberung der Welt durch Deutschland findet durch deutsche Kolonisten auf dem Friedenswege statt. Mancher wird vielleicht sagen, daß der Überfall der Welt durch die deutschen Kolonisten ganz zufällig stattfindet, daß er durch die ungeheure Zunahme der deutschen Bevölkerung bedingt wird, die das deutsche Reich nicht ernähren könne. Nun gut! Wie sind denn aber die Worte Kaiser Wilhelms II. zu verstehen?

In Jerusalem hat der Kaiser den versammelten Deutschen zugerufen: „Wenn jemand von Ihnen meiner Hilfe bedarf, ich bin immer hier“. Bei dem Stapellauf des Schiffes „Wilhelm der Große“ hat er gesagt: „Möge dieses Schiff den ruhigen Bürgern, die Handel oder Gewerbe betreiben, als Wahrzeichen dienen, daß das Deutsche Reich ihnen überall in der Welt Hilfe bringen muß“. Im Februar 1899 rief er bei irgendeiner Gelegenheit aus: „Wir werden danach streben, daß wir Germanen wie ein mächtiger Block zusammenhalten. Möge dort überm Meer, oder hier bei uns zu Hause, an diesem Fels aus dem Erz des deutschen Volkes, jede Welle brechen, die den Frieden bedroht“.

So sieht die Friedensstimmung Wilhelms II. aus. Diese seine oben angeführten Worte beweisen uns, daß Deutschland mit Hilfe der Industrie und des Handels die Eroberung der Welt anstrebt.

Wenn wir einmal die Lage des heutigen Europas ganz nüchtern betrachten, dann müssen wir uns folgendes sagen. Deutschland beherrscht heute die Welt in wirtschaftlicher Beziehung; halb Europa befindet sich in seinem selbstverständlich stillen Besitz. Es überschwebt nämlich mit seinen Waren Europa. Doch die zunehmende deutsche Bevölkerung, die wachsende Industrie fordern unaufhörlich neue Absatzmärkte. Solange Deutschland diese Absatzmärkte findet, braucht es nicht daran zu denken, den Säbel aus der Scheide zu ziehen. Diese Absatzmärkte werden nun für die deutsche Industrie immer seltener; Amerika und Japan machen Deutschland eine ungeheure Konkurrenz. Die Vereinigten Staaten und Nordamerikas suchen für ihre sich immer mehr entwickelnde Industrie ebenfalls Absatzmärkte. Deutschland hat sich schon Südamerika angeeignet. Amerika läßt es sich aber nicht auf immer entreißen — deshalb muß Deutschland in Zukunft dort empfindliche Verluste erleiden.

Ein zweiter großer Absatzmarkt ist Asien. Doch die Rußland durch Japan zugefügte Niederlage hat gleichzeitig auch Deutschland selbst oder vielmehr seine Industrie getroffen.

Den Spuren des Fortschritts der russischen Waffe im fernen asiatischen Osten ist die deutsche Industrie gefolgt. Je mehr Rußland nach dem Osten vorgedrungen ist, umso mehr hat es die reisende Wiedergeburt Chinas aufgehalten. Es kam der russisch-japanische Sturm, und die ganze deutsche ostasiatische Politik fing an, in Trümmer zu zerfallen. Kiautschou ist heute für Deutschland nur ein kostbares Spielzeug. Heute noch werden in China die deutschen Erzeugnisse durch andere und namentlich durch englische verdrängt. Doch auf wie lange? In China und Japan stecken unvergleichliche Produktionskräfte; es sind dies ungewöhnlich energische, eifrige, gewandte und arbeitsame Rassen. Was wird

also mit der deutschen Industrie geschehen, wenn sie aus Südamerika und Ostasien verdrängt werden wird?

Es bleibt Deutschland dann nur ein Weg übrig. Es muß andere Absatzmärkte suchen, da seine Fortpflanzungs- und Produktionskräfte im alten Vaterlande keinen Platz mehr haben. Wo soll es sie suchen? Es hat sie schon gefunden.

Ostlich des Deutschen Reiches liegen mächtige landwirtschaftliche Länder mit sehr wenig Industrie; es sind dies Polen und Rußland. Das weiß Deutschland ganz gut. Deshalb hat es auch seine ganze Energie gegen diese Länder gerichtet, um in ihnen die wirtschaftliche Eroberung durchzuführen. Heute schon befinden sich die Handelsmärkte Polens und Rußlands unter deutschen Einfluß.

Das Königreich Polen ist in einer sehr überlegten Weise durch Deutsche kolonisiert. Längs der deutschen Grenze zieht sich ein langes großes Band deutscher Kolonien hin, und im Lande selbst treffen wir jeden Augenblick, wie Inseln, deutsche Kolonien im Meere der polnischen Bevölkerung. Da sie sich einer vorzüglichen Fürsorge seitens der russischen Regierung erfreuen, so ist es kein Wunder, daß sie sich dort wie zu Hause fühlen, daß sie immer hochmütiger werden, immer dreister, und daß sie in dem Lande, das sie zum eigenen Untergang zu sich heranzieht, immer lauter rufen „Dajczland über alles“. Die Besiedlung des Königreichs ist auch keine zufällige Bewegung, sondern sie ist auf ganze Jahrzehnte zur friedlichen Eroberung des Königreichs berechnet. Die deutsche Politik strebt ständig danach, die russische Macht zu brechen, damit Deutschland dann um so strafloser im Königreich und in Rußland nach Belieben schalten und walten kann.

Die Niederwerfung der russischen Macht auf den Feldern von Tsushima kam Deutschland sehr gelegen, und der Zustand der Zersetzung, in dem sich Rußland gegenwärtig befindet, ist ein Zustand, den Deutschland um keine Schätze geändert sehen möchte. Dadurch erklärt sich auch die feindliche Haltung Deutschlands gegen die Absicht Rußlands, Polen eine Selbstverwaltung zu geben.

Wenn Rußland wieder aufblühen würde, so würde es damit die deutsche Industrie bedrohen. Es würde zweifellos Deutschland seine Absatzmärkte schließen, die finanzielle Ausbeutung Rußlands durch Deutschland aufhalten, und damit seinen kolonisierten Plänen einen Damm setzen.

In einem solchen Moment müssen um so mehr die Interessen Polens hervorgerufen und dem Fortschritt der deutschen Industrie in den Weg gestellt werden. Wir und unsere im preussischen Teilgebiet leimende polnische Industrie sind die erste den deutschen Amerikongelüsten entgegen geschobene Vorhut. **Von irgend einer Versöhnung mit den Deutschen kann heute keine Rede mehr sein.** Der Kampf, den sie heute gegen uns führen, soll nicht nur über das Schicksal ganz Polens, sondern sogar über das Schicksal Rußlands entscheiden. Auf eine Änderung des Kurses der antipolnischen Politik ist nicht zu rechnen.

„Alles das, was die Stadt und das Land besitzen, verdanken sie der Arbeit der preussischen Könige“, hat Kaiser Wilhelm II. 1902 in Posen gesagt. Und einige Jahre vorher hat er uns ermahnt, daß wir uns als gute preussische Untertanen fühlen möchten, da wir sonst „auf seine Gnade nicht rechnen könnten“.

Es handelt sich bei der antipolnischen Politik nicht nur darum, uns vier Millionen Polen zu erdrücken, nein, Deutschland geht es um die Festigung seiner Position, damit es seine Hand leichter nach dem Königreich, nach Litauen, nach Weißrußland ausstrecken



kann! Denn es kann doch nicht das Königreich, Galizien oder Österreichisch-Schlesien beherrschen, wenn es bei sich eine Viermillionen-Bevölkerung derselben Abstammung und mit derselben Vergangenheit hat.

Deutschland kann doch nicht verschlucken, ohne zu verdauen.

„Deutschland wird nicht eher ruhen, bis es die ganze polnische Bevölkerung im preußischen Teilgebiet proletariisiert (ausgehungert) haben wird“, rief mit warnender Stimme der Erzbischof von Stabłowski. Darin ruht der ganze Schwerpunkt der antipolnischen Politik. Das Verständnis für den Kern der Sache muß der Grundstein der Arbeit unserer ganzen Industrie sein. Das schreckliche Gespenst unserer Aushungerung immer vor Augen habend, müssen wir an der Entwicklung unserer Industrie arbeiten. Wenn wir daran nicht denken werden, wenn wir uns nicht alle Mühe geben werden, um der deutschen Industrie unsere kleine heimische Industrie entgegenzustellen, dann sind alle Verteidigungsmittel gegen die uns drohende Überschwemmung wertlos.

Leider schätzen unsere Gewerbetreibenden diese Wahrheit nicht genügend ein, ja, sie legen sich nicht einmal darüber Rechenschaft ab, welche wichtige Vorhut, welcher wichtige auf die Schanze geworfene Stein sie sind.

Da wir unsere Stellung ebensowenig verstehen wie unsere Volksgesamtheit die Wichtigkeit der Industrie, so hinken wir in nationaler Beziehung, so sündigen wir gegen die Losung „Jeder zum Seinen“, und anstatt uns mit Arbeit zu verteidigen, — verteidigen wir uns mit Worten.

## Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 275 des Kurjer Śląski (Katowice)  
vom 1. Dezember 1909:

### Der Abgeordnete Napieralski

veröffentlichte in seinen Blättern zwei gegen meine Ausführungen über die Versöhnungspolitik, über den Begriff der Nationalität und über unser Verhältnis zum preußischen Staat gerichtete Abhandlungen. Es handelt sich hier um so grundsätzliche politische Auffassungen, daß von ihnen die weitere Richtung unserer nationalen Politik im preußischen Teilgebiet abhängt. Darum müssen diese Probleme allseitig beleuchtet und ruhig und gründlich erwogen werden.

Meines Erachtens fühlt die Mehrheit der Volksgesamtheit überhaupt kein Bedürfnis, sich in diese Probleme zu vertiefen, denn sie hält sie für Grundsätze, die sich von selbst verstehen. Ich würde mich über die Pfarrer Kapiga, Brandys und ihnen ähnliche Personen nicht wundern, daß sie über diese Angelegenheiten Betrachtungen anstellen, wenn sie sie in der Tiefe ihres Herzens erwägen würden, denn es fehlt ihnen die polnische Überlieferung, das mit der ganzen polnischen Nation sie verbindende Gefühl. Es berührte mich nur insoweit unangenehm, als sie es für nötig hielten, als Erste diese Fragen öffentlich in Artikeln und Versammlungen zu erörtern. Dagegen wundere ich mich ungemein über Herrn Napieralski, daß er als im Großherzogtum Posen geborener Pole Anschauungen von der Art veröffentlicht, wie wir sie in seinen Blättern gelesen haben.

In Nr. 271 des „Dziennik Słonski“ („Gornostonsat“) vom 26. v. Mts. antwortet Herr Napieralski den Blättern, die er zur Definierung des Begriffs „Versöhnungspolitik“ aufgefordert hatte. Ich — und mit mir alle Blätter, die Herrn Napieralski antworteten — hatten

den Eindruck, daß es ihm um eine grundsätzliche Definition des Begriffs „Versöhnungspolitik“ zu tun ist. Auf die so gestellte Frage antwortete ich ihm auch, und eine solche Antwort erhielt er auch von allen Blättern.

Indes verrückt Herr Napieralski später bei der Beantwortung dieser Zeitungsartikel den Gegenstand der Abhandlung und behauptet, er habe nur die Frage gestellt, worin die Versöhnungspolitik der polnischen Fraktion bei der Finanzreform bestehe. Meines Erachtens hat Herr Napieralski die Fragen so nicht gestellt und darum auch eine Antwort darauf nicht erwartet.

In Nummer 273 des Gornostonsat vom 28. November bringt Herr Napieralski das Staatsproblem zur Sprache und befaßt sich hauptsächlich mit meinen Ausführungen über dieses heikle Thema. In der Prämissen seines Artikels begeht Herr Napieralski einen grundsätzlichen logischen Fehler, denn er stellt der Nationalität das Staatswesen gegenüber, zwei Begriffe, die man einander nicht gegenüberstellen kann, denn der Staatsgedanke ist ein Ausfluß des Begriffs der Nationalität. Nachdem Herr Napieralski diesen logischen Fehler begangen, operiert er auf dieser falschen logischen Plattform weiter, und seine Operation muß naturgemäß verhängnisvolle Folgen haben.

Ich hatte in meinem Artikel keine Forderungen aufgestellt, sondern ich stellte nur die Tatsache fest, daß für die bedeutende Mehrheit unserer Volksgesamtheit die Frage eines polnischen Staatswesens ein nationales Ideal sei. Dieses Ideal schätzt der Pole nicht so gering, wie es Herr Napieralski tut, indem er es eine der unerlosenen und bei uns beliebten gleißenden nationalen Lösungen nennt, die die polnischen Herzen betäuben. So wie der Mensch nicht vom Brote allein, sondern auch vom Worte Gottes lebt, ebenso kann eine Nation nicht bloß von der materiellen Nahrung leben, sondern sie bedarf auch dieses Wortes Gottes, dieses nationalen Ideals. So verhält es sich mit jeder Nation. So geringschätzig hat sich über unsere nationalen Ideale noch kein Pole ausgedrückt, geschweige denn ein polnischer Abgeordneter und ein Mann von einer Bedeutung, wie Herr Napieralski. Sogar Fürst Radziwiłł, der den Anschauungen des Herrn Napieralski sehr nahe steht, erklärte, von einem preußischen Minister in dieser Angelegenheit öffentlich von der parlamentarischen Tribüne befragt, daß niemand das Recht habe, die Hand in brutaler Weise in unsere Herzen zu legen und in ihren Tiefen unsere Gefühle zu suchen. Prälat von Jagdowski aber, dem wohl nicht einmal Herr Napieralski politische Fähigkeit, Nüchternheit und Vorsicht absprechen wird, hat vor nicht langer Zeit im preußischen Landtag öffentlich die Tatsache festgestellt, daß eine Nation wie die unsrige das Ideal der Unabhängigkeit pflegen müsse und daß ihr dies ein vernünftiger Mensch nicht als Verbrechen anrechnen könne. Ohne dieses Ideal eines Staatswesens kann zwar eine Nation längere Zeit bestehen, aber die Geschichte der Völker lehrt uns, daß sich ohne dieses Ideal noch keine Nation behauptet hat.

Dieses unser nationale Ideal, dieses Gefühl der Notwendigkeit eines polnischen Staatswesens verkennt die Legalität unseres Verhältnisses zum Staate und unseren verfassungsmäßigen Standpunkt absolut nicht. Der ganze Unterschied zwischen meinen Anschauungen über unser Verhältnis zum preußischen Staate und denjenigen des Herrn Napieralski und seiner Anhänger besteht darin, daß für Herrn Napieralski und seine Anhänger ihr Verhältnis zum preußischen Staate eine moralische Angelegenheit ist, während dieses Verhältnis für mich eine rechtlich-politische Tatsache ist. Die Moral und Ethik hat mit diesem Verhältnis nichts gemein.



und dürfte hier überhaupt nicht in Frage kommen. Wenn ich unser Verhältnis zum preußischen Staate als rechtlich-politische Tatsache betrachte, verlasse ich die staatlich-politische Grundlage, d. i. die preußische und reichsdeutsche Verfassung nicht im mindesten, ich unterwerfe mich allen Gesetzen und tue ihren Anforderungen genüge. Mein nationales Ideal ist das unantastbare Eigentum meines polnischen Herzens, und wegen dieses Ideals wird mich kein Staatsanwalt anklagen, kein Paragraph des Strafgesetzbuches ins Gefängnisloch stoßen, es müßte sich denn das Gericht von derselben Logik leiten lassen, wie Herr Napieralski, der mir unterschiebt, daß ich die Verfassung nur formell anerkenne, sie materiell aber leugne oder, anders gesprochen, daß ich nur mit Worten die Verfassung anerkenne, durch den Inhalt meiner Ausführungen sie aber in Abrede stelle. Zugunsten des Herrn Napieralski nehme ich an, daß er sich keine Rechenschaft darüber ablegt, was er schreibt und was er mir vorwirft, denn wenn er dies mit vollem Bewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl geschrieben hätte, würde er uns bisher unbekannte Seiten seines Charakters und bedeutende politische Fähigkeiten enthüllt haben.

Alle weiteren Ausführungen des Herrn Napieralski verdienen nicht, daß man sich mit ihnen befaßt, denn sie enthalten für die Volksgesamtheit weder etwas neues noch einen schöpferischen Gedanken, sie sind vielmehr ein Politisieren alltäglicher Art. Ich möchte nur einen übel berührenden Fehler in den Anschauungen Napieralskis über das Wesen der polenfeindlichen Politik Preußens hervorheben. Herr Napieralski sagt, daß die „gegen uns gerichtete Verdächtigung hinsichtlich eines polnischen Staatswesens für die preußische Regierung ein Grund aller gegen die Polen gerichteten Ausnahmengesetze sei“. Ich hätte nicht geglaubt, daß Herr Napieralski in einem ernststen Artikel mit solchen Gemeinplätzen gegen mich kämpfen wird. Denn jeder ernste Politiker weiß, daß die Verdächtigungen in bezug auf das Ideal eines unabhängigen Polens für die preußische Regierung nur ein Vorwand für ihre polenfeindliche Politik sind, Veranlassung hierzu dagegen ist für sie das Streben der Preußen, einen in nationaler Beziehung einheitlichen deutschen Staat zu schaffen. Wenn wir der Regierung versichern, daß wir die Verfassung anerkennen, daß wir auf dem Boden der preußischen und reichsdeutschen Verfassung stehen, so sprechen wir die reine Wahrheit, denn für uns ist die Zugehörigkeit zu Preußen und zum Deutschen Reiche eine rechtlich-politische Tatsache, aus der wir tagtäglich durch unsere Taten die Konsequenzen ziehen, indem wir uns den Staatsgesetzen unterwerfen und unsere Pflichten als Staatsbürger erfüllen, wodurch sich unser legales Verhältnis zum Staat von selbst regelt.

Adalbert Korfanty.

Aus Nr. 141 des Katolik (Beuthen D.-S.)  
vom 25. November 1909:

### Die Korfanty-Blätter

führen mit einem Schwall von Beschimpfungen, Lügen und Verleumdungen sowohl gegen die polnischen Abgeordneten, als auch gegen unser Blatt Krieg. Wenn es sich um einen Beweis handelte, daß der sogenannte Radikalismus kulturfeindlich ist, so wären schon die letzten Artikel der Korfanty-Blätter ein genügender Beweis dafür, denn alle diese Beschimpfungen, Lügen, Verleumdungen und ähnliche Spezialitäten, mit denen diese Blätter überfüllt sind, können doch wohl kein Beweis irgendeiner Kultur sein. Auf alles das werden wir nicht antworten, wir antworten nur auf einige besondere Einzelheiten:

Die Korfanty-Blätter schreiben, die Katolik-Partei habe die Sokols in Schlesien heftig bekämpft, und darin hätten sich die Redakteure des Katolik hervorgetan, welche gesagt hätten, die Sokolvereine reizten die Gefühle der Deutschen. — Wir antworten: Die Behauptung, Redakteure des Katolik hätten die Sokols bekämpft, ist eine Lüge. Dagegen ist es wahr, daß der Vorsitzende des ersten Sokolvereins in Schlesien eine lange Reihe von Jahren einer der Katolik-Redakteure war; dieser Redakteur hatte wegen des Sokolvereins etwa 10 Prozesse und bezahlte etwa 1000 Mark an verschiedenen Strafen, was ihm niemand vergütet hat. Das ist doch wohl ein Beweis, daß die Katolik-Redakteure sich nicht durch heftige Bekämpfung des Sokolstums hervortaten.

„Hat diese Katolik-Partei für die Volksbüchereien etwas getan?“ — so fragen die Korfanty-Blätter, und antworten: „Nicht das geringste“. — Darauf antworten wir: „Das ist wieder eine infame Lüge, denn gerade der Katolik-Verlag hat die meisten Bücher herausgegeben und unter dem Volk in Schlesien verbreitet. Neben dem Katolik ist nur noch Karl Miarka, der gleichfalls viele gute Bücher herausgegeben und zur Hebung der Volksbüchereien viel beigetragen hat. Indem wir nur einige Einzelheiten hervorheben, bemerken wir, daß gerade die vom Katolik herausgegebene polnische Bibel in über 70 000 Exemplaren in Schlesien verbreitet worden ist; gerade der Katolik hat eine große Menge Bücher mannigfachsten Inhalts (u. a. auch nationale Bücher, wie die Gedichte „Aus Schlesiens Gefilden“, „Die Geschichte Schlesiens“, 2 Bände „Aus Schlesiens Vergangenheit“, eine „Geschichte Polens“ und andere) herausgegeben, die in großen Auflagen in Schlesien verbreitet sind; gerade der Katolik hat die Zeitschrift Swiatlo (Licht) herausgegeben, deren Jahrgänge in vielen tausend Exemplaren Verbreitung gefunden haben; gerade der Katolik hat mehrere tausend Exemplare seines Kalenders herausgegeben; gerade der Katolik verlegte und verlegt immer noch große Mengen der mannigfachsten Lesebücher. — Was haben aber die sogenannten Radikalen während ihrer ganzen schon **zehnjährigen Wühlarbeit** in Schlesien getan? Mögen uns die Korfanty-Blätter darauf antworten. Wir glauben, daß sie an ihren zehn Fingern alles leicht zählen können, was sie für die Volksbüchereien gedruckt und verbreitet haben.

Weiter schreiben die Korfanty-Blätter: „Hat die Katolik-Partei für die Hebung der Existenz des polnischen Arbeiters etwas getan? Im Gegenteil, sie hat mit allen Kräften dahin gewirkt, daß die polnische Arbeiterorganisation, der Verband der gegenseitigen Hilfe, unter den Einfluß der deutschen Verbände, des Berliner Verbands und der „christlichen“ Verbände, gelange.“ — Darauf antworten wir: Das ist wieder eine Lüge, denn gerade zur Hebung der Arbeiterexistenz schuf die Katolik-Partei den Verband gegenseitiger Hilfe. Und dieser Verband wuchs hinsichtlich der Zahl der Mitglieder und des Vermögens; jedes Jahr fanden etwa 80, 100 und sogar 120 öffentliche Arbeiterversammlungen statt; die soziale Aufklärung breitete sich ständig aus, bis die sogenannten Radikalen kamen und den Verband zu „bevormunden“ angingen; die Folge dieser ihrer „Bevormundung“ war die, daß der Verband fortwährend und rasch zurückging, daß die Fonds des Verbandes noch rascher zusammenschmolzen. Man begann eine Änderung der Satzungen vorzunehmen; aber anstatt den Niedergang des mühsam errichteten Verbandsbaues aufzuhalten, beschleunigte man ihn, bis schließlich die Trümmer des Verbandes der polnischen Vereinigung angeschlossen wurden. Wenn nicht die Katolik-Partei gewesen wäre, welche trotz alledem den Verband unterstützte und stützte, wäre vielleicht nichts



mehr an die Vereinigung anzuschließen gewesen, denn vom Verbande wäre vielleicht keine Spur geblieben. Wir geben zu, daß der Verband der gegenseitigen Hilfe bei dem Fortschritt der allgemeinen und insbesondere der sozialen Aufklärung mit seinen nach den Begriffen und Bedürfnissen vor 20 Jahren zugeschnittenen Formen nicht mehr genügt, und man hätte den Verband verbessern können, aber langsam und stufenweise, nicht radikal. So waren und sind also die Verdienste der sogenannten Radikalen um den Verband und die Existenz der Arbeiter: sie haben den Verband vernichtet und zerrissen und an dessen Stelle nichts neu aufgebaut. — Was aber den Umstand anbetrifft, daß die Radikalen den Verband vor deutschen Einflüssen bewahrt haben, so antworten wir, daß auch das eine radikale Lüge ist; wir haben diese Lüge schon wiederholt widerlegt, die Korfanty-Blätter aber frischen diese Lüge immer wieder auf, als ob sie nur mit Hilfe von Lügen und Verleumdungen diskutieren könnten.

„Und was hat Pfarrer Kapiża bis jetzt für die polnische Kultur getan? Wo sind die Früchte seiner Kulturarbeit? Mit dem Lichte in der Hand am hellen Tage wirst du sie nicht finden.“ So behaupten die Korfanty-Blätter. Darauf antworten wir kurz: Pfarrer Kapiża bereiste viele Jahre fast ganz Oberschlesien und kämpfte mit Aufbietung aller seiner Kräfte gegen die Trunksucht, veranstaltete förmliche Missionen gegen diese schreckliche Pest, die den Kulturfortschritt nicht nur hemmt, sondern sogar von ihm abwendig macht. Ein dieser Pest entrisener Mensch bedeutet für die Kultur mehr als drei Fuder Lügen und Verleumdungen in den Korfanty-Blättern; Pfarrer Kapiża hat doch aber in seiner Missionsarbeit gegen die Trunksucht manchen gerettet!

So viel als Antwort auf manche Lügen aus nur einem kleinen Artikel der Korfanty-Blätter. Auf die anderen Äußerungen und Artikel dieser Blätter antworten wir überhaupt nicht. Unsere Leser bitten wir um Entschuldigung, daß wir diesen und jenen Schmutz der Korfanty-Blätter beleuchtet haben; wir mußten dies im Interesse der Gerechtigkeit und Wahrheit tun; wir mußten durch diese wenigen Einzelheiten beweisen, **wie die Korfanty-Blätter unsere Bevölkerung belügen**, damit alle rechthaffenen und ehrlichen Menschen, die sich vor Lügen und Verleumdungen ekeln, wüßten, was von den Korfanty-Blättern zu halten ist. Wir schwiegen lange, sehr lange, und die Korfanty-Blätter fielen fortwährend mit Gewalt über uns, über unsere polnischen Abgeordneten und über andere her; länger können wir nicht schweigen, denn weiteres Schweigen wäre eine Sünde vor Gott und der Volksgesamtheit.

Aus Nr. 277 des Kurjer Poznański (Posen)  
vom 4. Dezember 1909:

Herr Thaddäus Koraszewski, Ingenieur aus Oppeln und Vorsitzender der Versammlung in Halbendorf bei Oppeln, übersendet uns folgendes Schreiben:

In der Nummer 274 des Kurjer Poznański ist in dem Bericht über die Versammlung in Halbendorf bemerkt, daß ich über „etwas“ habe reden wollen, daß ich jedoch durch das unerhörte Auftreten des Vertreters des Amtsvorstehers daran verhindert worden sei.

Ich wollte ursprünglich in den Zeitungen diese heikle und unangenehme Sache, wie es die Diskussion über Nationalität und Staatswesen ist, die in den letzten Tagen geführt wird, nicht berühren; allein dazu zwingen mich die Auslassungen der „Gazeta Polska“,

die sich auf die Erklärung des Geistlichen Kapiża beziehen, daß „wir und der größere Teil der Versammlungsteilnehmer“ mit den Anschauungen des Geistlichen Kapiża und des Herrn Kapierałski einverstanden seien.

Leicht könnte man daraus schließen, daß auch ich, als Vorsitzender der Versammlung, derselben Ansicht sei.

Der Zweck meiner Rede sollte sein, meine Ansichten über Nationalität und Staatswesen zu erläutern, die, was ich hier ausdrücklich hervorheben muß, mit den Ansichten des Geistlichen Kapiża nicht übereinstimmen. Ferner wollte ich dagegen protestieren, daß den Versammlungsteilnehmern Bestrebungen des Geistlichen Kapiża aufgedrängt werden, diesen Leuten, welche größtenteils in dieser Beziehung noch kein ausgebildetes Urteil besitzen. Endlich wollte ich noch die Angelegenheit der Gründung einer Volksbibliothek in Halbendorf berühren.

Ich bin der Meinung, daß, wenn auch nicht der größere Teil, so doch mindestens eine beträchtliche Zahl der Versammlungsteilnehmer, und zwar die intelligentesten, mit den Ausführungen des Geistlichen Kapiża nicht einverstanden war.

Im allgemeinen machte die Versammlung einen bedrückenden Eindruck, und sie kann sich nicht mit der unlängst in Kotarz abgehaltenen Versammlung vergleichen. In der letzteren ist der nationale Geist mehr zum Ausdruck gekommen, und die Versammlungsteilnehmer haben jedenfalls von unserer Sache einen besseren Begriff davongetragen.

Aus Nr. 267 des Górnolazak (Rattowitz)  
vom 21. November 1909:

**Betrifft die Richtung der polnischen Politik.**  
Von J. Siemianowski.

### III.

Die polnische Fraktion hat als Vertretung der polnischen Bevölkerung, also einer unterworfenen und bekriegten Bevölkerung, die verurteilt ist, unter einer ihrer Nationalität fremden Herrschaft zu leben und zu arbeiten, und die trotzdem leben und sich entfalten will, unter allen Reichstagsparteien zweifellos den schwierigsten Standpunkt. Während sich das Verhältnis der Regierung zu den deutschen Parteien, selbst wenn diese oppositionell, ja sogar sozialdemokratisch sind, so gestaltet, wie das Verhältnis der deutschen Regierung zu Bürgern derselben Nationalität, behandelt diese selbe Regierung uns Polen stiefmütterlich, indem sie uns als ein Hindernis im Staate ansieht, und sie gestaltet ihre Politik so, daß sie dieses Hindernis möglichst bald beseitigen könnte, und daß wir als besonderes nationalpolnisches Element innerhalb der Grenzen des preussischen Staats und des deutschen Reichs zu bestehen aufhörten. Einer der Hauptgründe, weshalb die Versöhnungspolitik sogar unter den Deutschen, insbesondere aber unter den Katholiken auf heftige Opposition stieß, war der, daß sich die Versöhnungspolitik zwischen die Krone und die deutsche Nation hineindrängte. Dies konnten die Deutschen nicht ertragen, und diese Erfahrung lehrt uns, daß wir Polen auf ein ständiges Wohlwollen seitens der deutschen Parteien, von einer Hilfe gar nicht zu reden, nicht rechnen können. Eine Ausnahme kann nur die Zentrumspartei bilden, aber auch sie nur in gewissen Fällen und unter gewissen Verhältnissen.

Die schwierige Lage der polnischen Fraktion besteht darin, daß sie einerseits unsere Rechte verteidigen und auf der Wacht unseres Nationalstolzes und



unserer Nationalwürde stehen muß, andererseits aber keine Gelegenheit vorübergehen lassen darf, um bei den verschiedenen durch die parlamentarischen Kämpfe geschaffenen Situationen, bei den zahlreichen Gesetzesvorlagen auf dem rechtlichen, staatsbürgerlichen und sozialen Gebiet ihren Standpunkt zu kennzeichnen und zu tun, was sich tun läßt, daß dieses oder jenes Gesetz zum Nutzen auch unserer Angelegenheiten und Interessen angenommen wird.

Die polnische Fraktion ist der Zahl nach spärlich sie kann mit eigener Kraft nicht viel und oft gar nichts erreichen. Wenn sie aber etwas tun will, gerät sie oft in die Lage, daß sie einmal mit dieser, das andere Mal mit jener Partei Vereinbarungen treffen muß. Bei der allgemeinen politischen Richtung, bei dem grundsätzlich polnischen Standpunkt muß die Fraktion mit gewissen durch die Taktik gebotenen Rücksichten rechnen, sich eine politische Grundlage und eine parlamentarische Bedeutung durch die gerade notwendige Taktik verschaffen. In dieser Hinsicht müssen wir unserer Vertreterschaft in Berlin vollkommene Freiheit und Unabhängigkeit lassen, und wir können ihr hinsichtlich der Taktik gegenüber den deutschen Parteien keine Vorschriften machen, denn diese Taktik ist von vielen zufälligen Umständen, von den parlamentarischen Situationen, die sich bisweilen von Tag zu Tag ändern, von formellen Gründen und vielen anderen Dingen abhängig, die doch weder die grundsätzliche Stellung und das nationale Interesse anzutasten, noch einen Gegensatz zwischen den Abgeordneten und den Wählern im Lande hervorzurufen brauchen.

Es ist darum schwer zu verstehen, weshalb der Gonic Wielkopolski gerade deswegen der polnischen Fraktion den Vorwurf der Versöhnlichkeit macht. Gehen und gingen wir doch im Lande bald bei politischen Wahlen, bald bei Gemeindewahlen mit der Zentrumspartei, also mit einer deutschen Partei Kompromisse ein. Ein solches Kompromiß schlossen wir in Oberschlesien bei den letzten Landtagswahlen. Bei diesem Kompromiß führen wir Polen und die Zentrumspartei gut, denn die eine und andere Partei brachte ihre Kandidaten durch, während von den Kandidaten des Hakatistenblocks kein einziger die Mehrheit erhielt. Dieses Kompromiß aber tastete weder unsere nationale Sonderstellung, noch die prinzipielle polnische Grundlage an, ebenso wie es die politische Stellung der Zentrumspartei nicht antastete.

Auch im Großherzogtum Posen wurde während der Reichstagswahl in dem an der brandenburgischen Grenze gelegenen Wahlkreise Bomst-Meseritz ein Kompromiß zwischen Polen und Zentrum geschlossen. Der Redakteur und Verleger des Gonic wohnte dort den Wählerversammlungen bei und sprach in ihnen zugunsten des Zentrumskandidaten, den die Polen und Zentrumleute aufgestellt hatten. Aber deswegen wird noch niemand den Gonic einen „Versöhnungsparteiler“ nennen.

Um so weniger kann dieser Vorwurf gegen die polnische Fraktion erhoben werden, wenn sie, durch taktische Gründe gezwungen, mit dieser oder jener Partei Kompromisse schließt. Natürlich muß die polnische Fraktion bei allen derartigen von Fall zu Fall eingegangenen Vereinbarungen oder Kompromissen dessen eingedenk sein, daß sie auf Grund der nationalen Prinzipien und Interessen mit den Wählern, mit der Volksgesamtheit ein untrennbares nationales Ganze und eine nationale Einheit bildet, damit nicht die notwendige und unentbehrliche Harmonie zwischen der einen und anderen Seite angetastet würde und damit unsere eigene Angelegenheit auf diesem oder jenem Gebiete keinen Schaden und Abbruch erleide.

Bei der Finanzreform befand sich die polnische Fraktion in der Lage, daß sie mit dem Zentrum und den Konservativen das Schicksal der Reform entschied. Auch dieser Umstand, daß sie in diesem Falle zum Teil zusammen mit den Konservativen wirkte, erweckte in einem Teil unserer Presse die Befürchtung, daß dieser Fall die Veranlassung eines ständigen politischen Bündnisses oder einer politischen Freundschaft würde. Das ist eine unbegründete Befürchtung. In dem gegenwärtigen Kampfe können sich auf ein so schwaches Gerüst höchstens Ideologen, aber nicht ernste Politiker stützen. Ein solches Gerüst würde bei dem ersten besten polenfeindlichen Gesetz einstürzen, welches die Regierung im preussischen Landtag oder im deutschen Reichstag einbringen würde. Im Staate der Hohenzollern, in welchem die Konservativen die erste Rolle spielten und spielen, und in welchem seit mehr als hundert Jahren das Germanisierungswerk an unserem nationalen Körper mit größter Kaltblütigkeit durchgeführt wurde, könnte der Gedanke an die Errichtung eines solchen Gerüsts allein höchstens als politisches Kuriosum aufgefaßt werden.

Die von dieser Seite gehegten Befürchtungen unserer Presse sind eitel und unbegründet, und sie richten eine unnötige Verwirrung an und beunruhigen ebenfalls unnötigerweise die öffentliche Meinung. Etwas anderes ist eine „von Fall zu Fall“ getroffene Vereinbarung und etwas anderes ein festes politisches Bündnis. Das sind zwei verschiedene Dinge, die streng von einander zu unterscheiden sind.

Der Dziennik Bydgoski hob vor einigen Tagen — auch infolge der Diskussion über die Finanzreform — hervor, der Schwerpunkt der nationalen Arbeit liege im Lande, und nicht in Berlin auf der parlamentarischen Bühne. Diesen Standpunkt billigen wir zweifellos alle. Denn auch 100 der besten Abgeordneten werden bei uns im Lande kein einziges Kind polnisch lesen und schreiben lehren, wenn nicht das Elternhaus sein Auge darauf richtet. Auch werden 100 der besten Reden die Arbeiter nicht organisieren, wenn wir nicht im Lande daran denken und wenn sich die Arbeiter selbst von den Organisationen fernhalten und ihnen nicht beitreten. Dieser Standpunkt ist klar, einfach, für alle verständlich, und er unterliegt keinem Zweifel.

Aber auch das unterliegt keinem Zweifel, daß die in den Zeitungen in den letzten Monaten stellen- und zeitweise mit nicht dagewesener Heftigkeit geführte und oft auf persönliche Bahnen übergehende Polemik zweifellos die Harmonie zwischen unseren Abgeordneten und einem Teil der Volksgesamtheit gestört hat. Das schlimmste aber ist, daß sie bei uns in Oberschlesien der nationalen Sache zur Freude der Hakatisten und der Sozialdemokratie erheblichen Schaden zugefügt hat.

Es wäre strafbarer Leichtsin, wollten wir uns dies verheimlichen; erstens mit Rücksicht auf uns selbst und zweitens mit Rücksicht auf das preussische System. Denn wir müssen uns darüber klar werden, daß die preussische Politik unsere gegenwärtige Lage mit größerer Wachsamkeit beobachtet, als je. Sie beobachtet und prüft diese Lage um den Grad unserer Lebenskraft zu messen.

Andererseits zeugt unsere gegenwärtige Lage keineswegs lóblích von der Arbeit und Kraft unseres politischen Gedankens. Sie zeugt vielmehr davon, daß unser politischer Kollektivgedanke nicht korrekt arbeitet, daß er auf Irrwegen und Seitenwegen herumirrt und uns nicht das gibt, was die Volksgesamtheit in unserer Lage erhalten müßte.

Darüber einige Bemerkungen im folgenden Artikel.



Aus Nr. 270 des Górnóslazak (Kattowitz)  
vom 25. November 1909:

#### IV.

Der Pole und die Politik verhalten sich zu einander wie der Teufel zum Weihwasser, pflegte der Verstorbene Dr. R. Szymanski zu sagen. Wir sind ausgezeichnete politische Plauderer, aber wie der Teufel vor dem geweihten Wasser flieht, ebenso fliehen wir vor jeder politischen Angelegenheit, bei der man den Verstand anstrengen, sich den Kopf zerbrechen und überdies sich ärgern muß.

Wenn wir uns unsere gegenwärtige Lage klar machen, wenn wir gut verstehen würden, daß, was bei uns und um uns herum geschieht, nicht immer gut ist und zum größten Teil nicht zu unserm Vorteil ausschlägt, sondern zum Vorteil der preussischen Politik, wenn wir mit klarem Blick unser ganzes politisches Kollektivleben zu erfassen vermöchten, das an der einen Stelle freiwillig einschläft, an der anderen unter äußerem Druck der Politik des preussischen Systems dahinschwindet, wenn wir begreifen wollten die ganze Macht und Furchtbarkeit des heutigen Rassenkampfes, der wie ein Sturm über unseren Häuptern braust, und wenn wir daraus die entsprechenden Schlüsse zögen, so hätten wir fürwahr nicht Zeit dazu, ganze Monate hindurch das so zahlreich in den Artikeln unserer Presse zusammengetragene Stroh zu dreschen.

Selbst wenn jemand die von der polnischen Fraktion bei der Finanzreform eingenommene Haltung nicht billigen würde, woraus man niemandem einen Vorwurf machen kann, weil es ziemlich verständlich ist, daß bei einer solchen Angelegenheit die Ansichten geteilt sind selbst wenn man in der Haltung der Fraktion einen Fehler erblicken würde, so ist dies alles noch kein Beweis und Argument dafür, monatelang einen so heftigen, leidenschaftlichen, rücksichtslosen Zeitungskampf zu führen, diesen Punkt ins Vordertreffen zu drängen und andere weit wichtigere und notwendigere Angelegenheiten aus dem Auge zu verlieren. Sagen wir uns die Wahrheit, daß wir in diesen wenigen Monaten besonders bei uns in Oberschlesien mit wahrhaft mittelalterlicher Wut in der Zeitungspolemik nicht für uns gearbeitet haben, sondern ad majorem Germaniae gloriam.

Jeder neue Artikel bringt einen neuen nicht befriedigenden, sondern den Parteizwist schürenden, die öffentliche Meinung beunruhigenden Punkt, bis schließlich der Kurjer Poznański und nach ihm der Kurjer Słonski herausgefunden haben, daß angeblich die polnische Fraktion die Weltmacht Deutschlands unterstützt und das Reich von „Schwächen und Krankheiten“ heilt.

Als ob diese Angelegenheit nicht schon wer weiß wie oft geklärt worden wäre! Als ob bei uns überhaupt Bedingungen hierfür vorhanden sein könnten! Etwas anderes sind unsere Landsleute in Österreich und etwas anderes wir hierzulande. In Österreich kann ein solcher Standpunkt gerechtfertigt sein, bei uns nicht.

Diese ganze Verwirrung zeugt davon, daß unser politischer Gedanke, daß die Intelligenz des polnischen politischen Gedankens auf Irrwegen umherstreift, daß wir uns an einem Scheidewege befinden. Vor allem müssen wir uns davon heilen und nach dieser Richtung hin unsere Kräfte anstrengen. Die Heilung des Reichs von seinen „Krankheiten und Schwächen“ wollen wir anderen Ärzten überlassen. Wir haben dazu weder Kräfte, noch Bedingungen; auch bittet uns niemand darum.

Eine Volksgesamtheit wie die unsrige, die wirtschaftlich noch sehr schwach, politisch noch so zersplittert ist, daß fast jeder Kopf ein politisches Programm hat, daß diese Köpfe trotzig sind und die Programme ein-

ander ihrer Vorzüge wegen empfehlen, eine solche Volksgesamtheit müßte einmal in sich gehen, sich innerlich jammern, den Blick in die Zukunft richten, sonst werden wir nicht nur unserer Arbeit und unseren nationalen Pflichten nicht gewachsen sein, sondern der Feind kann uns samt unseren Köpfen und Programmen zermalmen und verschlingen.

Und der politische Sturm braust über unseren Köpfen. Welches das Ergebnis dieses Rassenkampfes sein wird, das wissen wir nicht, die Zukunft ist vor unseren Augen verhüllt. Das wissen weder wir, noch weiß es die Politik des preussischen Systems. Dieses Geheimnis ruht in den Händen der göttlichen Vorsehung. Welches das Ende dieses Kampfes sein wird, das vermag heut kein menschlicher Geist zu ergründen, das kann kein menschlicher Verstand entziffern.

Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß das preussische System unsere Lage prüft und mit einer größeren Wachsamkeit als je verfolgt, um unsere Lebens- und Streitkräfte zu messen. Das tut ihm not, um zu wissen, wie es sich in Zukunft an uns heranzuwagen soll, um uns in nationaler und wirtschaftlicher Beziehung eine vollständige Niederlage zu bereiten.

In einer solchen Lage müssen wir unsere Lebenskräfte stärken, auf daß unser politischer Verstand erstärke, auf daß unser politischer Kollektivgedanke korrekt arbeite, die uns drohenden Gefahren möglichst voraussehe und ihnen beizeiten vorbeuge. Dies tut uns not sowohl mit Rücksicht auf uns selbst, auf unser inneres häusliches Lager, als auch mit Rücksicht auf den äußeren Ansturm des preussischen Staates und der Habsburger.

Meinungsverschiedenheiten müssen, wie in jeder Volksgesamtheit, auch in der unsrigen sein. Dagegen gibt es kein Mittel, aber es gibt ein Mittel, auch hier eine Grenze zu setzen. Das liegt in den Händen der Volksgesamtheit, wie auch der Presse. Die Presse muß sich vor allem ihrer schweren Verantwortung gegen sich und die Volksgesamtheit bewußt sein, denn jeder unvorsichtige oder leichtsinnige Schritt ihrerseits kann schwere Verluste nach sich ziehen. In unserer gegenwärtigen Verwirrung und Zersplitterung scheint das Projekt eines Nationalrats, das ungefähr vor zwei Jahren von dem Abgeordneten A. Napieralski empfohlen und gegenwärtig von dem Abgeordneten Brejski wieder vorgeschlagen wurde, völlig begründet zu sein; nicht deshalb, damit der Nationalrat sofort ein radikales Heilmittel für unsere sogenannte „innere Not“ sein sollte, denn plötzlich kommen weder solche Heilmittel, noch fallen sie aus der Luft. Dazu ist längere Arbeit erforderlich, und aus der Tiefe des Herzens der ganzen Volksgesamtheit muß sich eine gemeinsame Stimme für eine Reform nach dieser oder jener Richtung erheben, eine Stimme, die von dem Herzen der Volksgesamtheit erwärmt, gepflegt, erzogen, mit Verstand und gutem Willen ausgebildet und von unserem schweren nationalen Dienst diktiert ist.

Jedenfalls aber braucht ein von der ganzen Volksgesamtheit wohlwollend aufgenommener und von ihr nicht minder wohlwollend geförderter Nationalrat weder eine Theorie, noch ein verfehltes Unternehmen zu sein. Er kann vielmehr, richtig verstanden und verständig geleitet, der Volksgesamtheit erhebliche Dienste leisten. Der Gedanke, einen Nationalrat zu schaffen, ist zweifellos dem Bedürfnis der Zeit entsprungen, und seine Anregung im jetzigen Zeitpunkt kommt gerade zur rechten Zeit. Man kann nur wünschen, daß dieser Gedanke zur Tat und der erste Schritt zur Besserung unserer inneren Verhältnisse werde, deren Notwendigkeit sicherlich alle ohne Rücksicht auf die politische Richtung dringend empfinden.



Aus Nr. 279 des Kurjer Śląski (Kattowitz)  
vom 5. Dezember 1909.

### Das „liberale“ Vereinsgesetz.

Unter dem 13. Juli 1909 hat der Regierungspräsident bestimmt, daß der Einberufer einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel anzugeben hat:

- a) seinen Stand oder seine Beschäftigung,
- b) die voraussichtliche Dauer der Versammlung,
- c) den Zweck der Versammlung,
- d) den Teilnehmerkreis, für welchen die Versammlung bestimmt ist.

Diese Verfügung steht im Widerspruch zu § 7 des Gesetzes, welcher nur vorschreibt, daß der Ort und die Zeit des Beginns der Versammlung angegeben werden müssen. Die polnische Berufsvereinigung berief am 15. August d. Js. eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel nach Michalkowitz und am 22. August eine solche nach Rendsdorf ein.

In dem Antrag auf Genehmigung zur Abhaltung der Versammlungen gab der Einberufer Herr Wiczorek seinen Namen und Wohnort, die Straße und Hausnummer an und bemerkte, daß in der Versammlung Arbeiterangelegenheiten besprochen werden sollen. Beide Anmeldungen sandte die Ortspolizeibehörde zurück und verlangte eine Ergänzung auf Grund der angeführten Verfügung des Regierungspräsidenten. Herr Wiczorek ergänzte die Eingabe durch die Bemerkung, daß er Vorsitzender der polnischen Berufsvereinigung sei. Weiter bemerkte er, daß der Zweck der Versammlung bereits angegeben sei, daß die Dauer der Versammlung nicht vorausgesehen werden könne und die Versammlung öffentlich sei, so daß jedermann Zutritt zu ihr habe. Die Ortspolizeibehörde erklärte, sie bezweifle, daß die Leitung der Berufsvereinigung eine Beschäftigung des Herrn Wiczorek sei, aus der er seinen Unterhalt habe (sic!) und versagte die Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung.

In dem von Herrn Wiczorek angestrebten Prozeß fand am 24. v. Mts. vor dem Kreisauschuß in Kattowitz die Verhandlung statt. Der Vertreter des Herrn Wiczorek, Abgeordneter Dr. Seyda, wies in längeren Ausführungen auf Grund des Materials zum Gesetze nach, daß die Verfügung des Regierungspräsidenten rechtlich nicht begründet sei. Das Gericht wies die Klage ab, und der Vorsitzende bemerkte in der Urteilsbegründung, daß zwar vieles für die Richtigkeit der Ausführungen spreche, daß sie aber mit Rücksicht darauf, daß die Sache zweifelhaft sei, von der höheren Instanz entschieden werden möge und die Klage abzuweisen sei (sic!).

An demselben Tage fand eine Verhandlung in weiteren Angelegenheiten statt, die infolge von Verboten der Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel anhängig gemacht wurden. In einem Falle verbot die Ortspolizei in Birkental die Abhaltung einer Versammlung deshalb, weil auf galizischen Gruben ein Streik ausgebrochen war, die dort beschäftigten Arbeiter in der Versammlung hätten erscheinen und die öffentliche Ruhe stören können. Der Kreisauschuß sah in diesem Falle das Verbot für ungesetzlich an und erkannte auf Freispruch. Endlich verbot dieselbe Ortspolizeibehörde die Abhaltung einer Versammlung am 5. September d. Js., weil sich in der Nähe des Versammlungsorts mit Stroh gedeckte Gebäude befinden und das Grundstück untergraben sei, so daß die Versammlungsteilnehmer leicht hätten in die Tiefe stürzen können. Das Gericht wies die Klage ab, obgleich der Polizeibehörde im schlimmsten Falle das Recht zustand, die Genehmigung von dem Verbot des Tabakrauchens abhängig zu machen. Die Untergrabung des Grund-

stücks aber war schon vor mehr als einem Jahrzehnt geschehen, die ganze Gegend ist bebaut und die Felder werden bestellt.

### Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 725 des Dziennik Berliński (Berlin)  
vom 2. Dezember 1909:

#### Die Arbeiterkandidatur in Posen.

Auch die Arbeiter selbst nehmen in dieser An gelegenheit das Wort. Wir erhielten heute folgendes Schreiben:

Geehrte Redaktion des Dziennik Berliński!

In Sachen der Durchbringung eines Abgeordneten aus Arbeiterkreisen in der Stadt Posen möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß nunmehr dem Wunsche aller Arbeiterkreise Genüge geschehen wird und sie wenigstens einen Vertreter im Reichstage haben werden. Das Provinzialwahlkomitee wird uns doch das nicht absprechen; anstatt uns politisch unerprobte Leute her zusetzen, die nicht imstande sind zu reden und die von Arbeiterfachen keine Ahnung haben, wird es sich doch wohl um einen Menschen aus unseren Reihen be mühen. Heute kann der Arbeiterstand dreist seinen Vertreter fordern, denn er hat entsprechende Leute aufzuweisen.

Ich möchte die Kandidatur des Herrn Adam Piotrowski, des Sekretärs der Polnischen Berufs vereinigung in Berlin vorschlagen, denn Herr P. ist ein tüchtiger Mensch in jeder Beziehung, der zudem sehr gut deutsch spricht. Weil er außerdem ständig in Berlin wohnt, könnte er die Sitzungen sehr regelmäßig besuchen. Ein „gemalter“ Abgeordneter wäre er jeden falls nicht.

Ob dieser oder jener gewählt wird, das ist einerlei, wenn die Wahl nur auf einen tüchtigen Ver treter der Arbeiterkreise fällt.

Mit Achtung!

Wl. Herz.

Aus Nr. 277 des Dziennik Berliński (Berlin)  
vom 4. Dezember 1909:

#### Welche polnischen Abgeordneten waren im Schlosse?

Von verschiedenen Seiten sind wir angefragt worden, welche polnischen Abgeordneten denn eigentlich im Schlosse gewesen seien, um daselbst an der Er öffnung des Reichtags teilzunehmen. Wir antworten auf diese Frage auf Grund authentischer Informationen, daß dies die in Oberschlesien gewählten Abgeordneten, die Pfarrer Wajda und Brandys waren.

Sie sind wohl deshalb dahingegangen, um durch ihre Anwesenheit und durch ihre „Hoch“-Rufe für die Unterzeichnung des Enteignungsgesetzes und des Sprachverbots zu danken.

Es bilden sich bei uns geradezu skandalöse Verhältnisse heraus.



Aus Nr. 275 des Dziennik Berliński (Berlin)  
vom 2. Dezember 1909:

Aus Anlaß der Anwesenheit der beiden Abgeordneten Wajda und Brandys bei der Eröffnung des Reichstages schreibt der Dziennik Berliński folgendes:

Auch den Deutschen fällt die Anwesenheit der polnischen Abgeordneten bei dem feierlichen Akte bei Hofe auf.

Nach dem Ausfluge der polnischen Abgeordneten mit dem Zeppelinschen Luftballon unter den Klängen des Liedes „Deutschland über alles“ und nach ihrer Beteiligung an der dem Grafen Zeppelin zu Ehren veranstalteten Festlichkeit in Konstanz folgt nunmehr der Gang nach dem königlichen Schlosse; nach dem Stimmen für die vielen Millionen von neuen Steuern gibt es bei uns keine Versöhnungspolitik.

Wir sinken zu Juden herab.

Aus Nr. 22 des Robotnik Polski na Obezyznie (Berlin)  
vom 1. Dezember 1909:

Senftenberg.

Der polnisch-katholische Verein unter dem Schutz des St. Joseph beging am 30. Oktober d. Js. im Saale des katholischen Vereinshauses sein 11jähriges Stiftungsfest, verbunden mit einer Liebhaber-Vorstellung. Um 9<sup>1/2</sup> Uhr eröffnete der Vorsitzende, Herr Romala, die Feier und begrüßte mit warmen Worten die Gäste. Darauf wurde das Lied „Bracia rocznica“ gesungen. Hierauf folgte eine Theatervorstellung; es wurde die lustige Komödie des Herrn Balucki „Bilecik miłosny“ (Liebesbillet) gespielt. Nach der Vorstellung betrat der Delegierte Herr Piotrowski aus Berlin die Bühne und regte in seiner einstündigen Ansprache alle Landsteute zur Führung eines polnischen Hauses an, wobei er hauptsächlich auf die polnische Erziehung der Kinder Wert legte, er regte auch zum Eintritt in die polnischen Vereine an. Gleichzeitig regte auch der Redner zum Eintritt in die polnische Berufsvereinigung an, damit die Polen nicht in die deutschen „Verbände“, sondern in ihre polnische Organisation eintreten. Die Ansprache wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Leider fanden sich wider Erwarten wenig Teilnehmer ein, denn bei anderen Gelegenheiten war der Saal mit Landsteuten, die nicht in unsere Vereine eintreten wollen, überfüllt. Die Worte des Herrn Piotrowski wären für diese sehr nötig gewesen. Diese Rede wird uns allen stets im Gedächtnis bleiben. In Senftenberg sind uns öfter solche Redner nötig, und sie würden gewiß so manchen Landsmann aus dem Schlafe wecken. Die Feier wurde mit einem Tanz beschlossen.

Johann Romala,  
Vorsitzender.

Aus Nr. 276 des Wiarius Polski (Bochum)  
vom 2. Dezember 1909:

Aus Anlaß der Ernennung des Professors Dr. Joseph Schulz zum Bischof in Paderborn schreibt der Wiarius Polski folgendes.

Wir Polen, die wir in der Paderborner Diözese so zahlreich vorhanden sind, begrüßen den neuen Diözesanhirten in der Hoffnung und in dem Vertrauen, daß er auch für uns arme polnische Fremdlinge ein fürsorgliches Herz zeigen, daß er sich in gerechter Weise unser annehmen wird. In dieser Hoffnung begrüßen wir den neuen Hirten als Polen und treue Katholiken recht herzlich.

Aus Nr. 27 des Narodowiec (Herne)  
vom 2. Dezember 1909:

### Zur Frage der Arbeiter-Kandidatur

schreibt der Narodowiec u. a. folgendes:

Von allen genannten Kandidaturen erachten wir die des Herrn Adalbert Sosinski, Vorsitzenden der Polnischen Berufsvereinigung, als die geeignetste.

Herr Sosinski hat erst vor einigen Jahren die schwere Arbeit in einem Walzwerke aufgegeben, nachdem er von den Arbeitern zu ihrem Führer berufen worden war. Die Abgeordnetenwürde gebührt ihm insbesondere deswegen, weil er noch besser als bisher für seine Brüder arbeiten könnte, sie gebührt ihm aber auch auf Grund seines Amtes und seiner Verdienste, die er sich um die Sache der Arbeiter erworben hat. Wir kennen Herrn Sosinski als einen aufgeklärten, taktvollen Menschen, der auch viel Mut und Energie besitzt, und einer Tat, wie er sie vollbracht, nämlich die Verschmelzung der drei polnischen Organisationen, können sich andere Politiker der polnischen Gesamtheit im preußischen Landesteile so bald nicht rühmen.

Deshalb erachten wir die Kandidatur des Herrn Adalbert Sosinski für die entsprechendste.

Aus Nr. 23 der Sila (Bochum)  
vom 5. Dezember 1909:

### Achtung,

### polnische Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiete!

Die Kapitalisten im hiesigen Kohlengebiete haben die Zeit ausgenützt, um die Bergarbeiter, wenn sie sie gepeinigt, ausgehungert haben, zum Kampfe aufzufordern. Sie wollten sie nicht zum Kampfe herausfordern, sie haben vielmehr seit langem ein Mittel geschmiedet, um durch dasselbe die letzte Freiheit, sich von Stelle zu Stelle zu begeben, zu nehmen, und dieses Mittel stellen sie heute den Bergleuten mit ironischem Lächeln zur Wahl:

An Stelle der schwarzen Listen, aus deren Anlaß Ihr 6 Monate fasten mußtet, wollen wir euch jetzt selbst Arbeit suchen.

Die Bergleute können es nicht zulassen, daß man sie so geringschätzig behandelt, und sie werden es nicht zulassen. Wenn sie alle in die Reihen der Organisation treten werden, und wenn man sie zum Äußersten führen wird, dann werden sie auch eine endgültige Antwort geben, eine Antwort, die der Bergarbeiter würdig ist.

Ans Werk, Brüder Bergarbeiter, an die Vermehrung unserer Reihen! Möge es heute keinen Unorganisierten mehr geben, der sich so benehmen würde, als ob ihn das nichts anginge, denn mit Hilfe solcher Leute werden nur jene Anschläge geschmiedet.

Jeder Landsmann trägt die Frucht seiner blutigen Arbeit dahin zum Verkaufe, wo es ihm gefällt; jeder Handwerker veräußert seine Ware da, wo er will; jede Höferin geht dahin auf den Markt, wo sie einen besseren Verdienst erhofft; jeder Jude hat das Recht, mit seiner Ware dahin zu gehen, wo es ihm beliebt,

**nur der Bergarbeiter in Deutschland soll sein Blut, seine Gesundheit und seine physische Kraft dahin tragen, wo es den hoffärtigen Kapitalisten gefällt, nicht nach seinem, sondern nach ihrem Willen!**

Wollt ihr es denn zugeben, daß eine derartige Gesetzlosigkeit in Anwendung kommt? Nein! Deshalb sorget dafür, daß sich eine solche Antwort von den hoffärtigen Herren, daß sie die Organisation nicht als die Vertreterin der Arbeiter anerkennen können, nicht wiederhole; sie werden sie (die Organisation) aner-



kennen, wenn es keine Trägen und Verschlagenen mehr geben wird. Diese müssen wir ermuntern. Möge jeder Organisierte ein neues Mitglied für die „Polnische Berufsvereinigung“ werben — und der Sieg wird sicher sein!

Aus Nr. 275 des Lech (Gnesen)  
vom 3. Dezember 1909:

### Ein polnischer Sieg in Wanne.

In der Stichwahl bei der Stadtverordnetenwahl siegten die polnischen Kandidaten. Der Arbeiter Herr Wajilewski erhielt 1186 und der Händler Herr Szelag 1180 Stimmen. Die nationalliberalen Kandidaten erhielten nur 924 bzw. 925 Stimmen.

So besitzen jetzt die Polen in dem Gemeinderat 3 Sitze.

### Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 543 der Nowa Reforma (Kraakau)  
vom 25. November 1909:

### Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und die antipolnische Politik.

Seit längerer Zeit erscheinen fast täglich in den preußischen kaiserlichen Blättern Nachrichten, die dahin lauten, daß die preußische Regierung bereits einen neuen Gesetzentwurf besitze, der sich gegen die polnischen Parzellierungsbanken und -Unternehmungen richte. Zwar hat die seit einigen Jahren zu Recht bestehende Ansiedlungs-Gesetznovelle, die bekanntlich den Verwaltungsbehörden das Recht gibt, das Errichten von Wohnhäusern auf den erworbenen Parzellen zu verbieten, die Aufteilung des Großgrundbesitzes und die Bildung polnischer Bauernkolonien an seiner Statt erschwert, doch das genügt den preußischen Kaiserlichen noch nicht. Sie wünschen, der polnischen Bevölkerung überhaupt den Erwerb und Besitz von Grund und Boden unmöglich zu machen, sie haben deshalb so lange nach dieser Richtung hin einen Druck auf die Regierung ausgeübt, bis sie die Ankündigung erlebten, daß ein derartiges Gesetz tatsächlich dem preußischen Landtage vorgelegt werden würde. Es scheint jedoch, daß man in letzter Zeit in den maßgebenden Kreisen hinsichtlich der Erfüllung dieses sehnlichsten Wunsches der Kaiserlichen schwankend wurde. Vor einigen Tagen erschien nämlich in einem ihrer Hauptorgane, den Danziger Neuesten Nachrichten, ein Artikel, aus welchem deutlich hervorgeht, daß die Kaiserlichen mit dem Hinausschieben der Angelegenheit sehr unzufrieden sind und hierfür den neuen Reichskanzler verantwortlich machen. Auch sei zu befürchten, daß derartige Stimmen für die immer dreister auftretende polnische Versöhnungspartei das Wasser auf die Mühle bilden würden. Die Anhänger der „positiven Politik“ im preußischen Anteil würden sich vielleicht die Mühe geben, die polnische öffentliche Meinung zu überzeugen, daß das Zögern des neuen Reichskanzlers mit dem Erlaß des neuen antipolnischen Gesetzes die Folge und die Frucht ihrer Politik bei der Finanzreform und gleichzeitig eine Ankündigung der Milderung des antipolnischen Systems überhaupt sei. Angesichts dessen müssen wir uns gleich über das tatsächliche Wesen dieser kaiserlichen Angriffe gegen den neuen Reichskanzler klar werden. Es sind dies lediglich Versuche, einen Druck auf die Regierung auszuüben, damit diese die Verwirklichung des heißen kaiserlichen Wunsches beschleunige.

Es unterliegt auch nicht dem geringsten Zweifel, daß auf das angebliche Zögern des Reichskanzlers keine ethischen oder national-politischen Rücksichten einen Einfluß ausgeübt haben, denn derartiger Beweggründe kann man doch wohl nicht einen Minister verdächtigen, der sich vollständig mit dem Enteignungsgesetze einverstanden erklärte, und welcher der Urheber des den Gebrauch der polnischen Sprache in den öffentlichen Versammlungen einschränkenden Gesetzes war. Wenn er wirklich die Durchführung des bereits fertig gestellten Parzellierungsgesetzes hinauschoß, so ließ er sich hierbei ausschließlich von den gleichen Beweggründen leiten, welche bis jetzt die Anwendung des Enteignungsgesetzes aufhielten. Es sind dies Gründe rein praktischer, hauptsächlich wirtschaftlicher Natur, oder mit anderen Worten, in den Regierungskreisen ist man zu der Überzeugung gekommen, daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse zur Durchführung derartiger radikaler Versuche sich nicht eignen. Der Kaiserismus pflegt in seinem blinden Hass gegen die Polen mit derartigen „Kleinigkeiten“ nicht zu rechnen und daher kommt der augenblickliche Mißton zwischen ihm und der Regierung. Er wird jedoch bald verschwinden, wenn eine geeignetere Zeit für den neuen Gewaltstreich gegen die polnische Bevölkerung gekommen sein wird. Hierin die Ankündigung einer Milderung des antipolnischen Systems in Preußen erblicken zu wollen, würde auch eine große Täuschung sein, die der dortigen polnischen Gesellschaft schlimme Früchte eintragen könnte.

Aus Nr. 550 des Slowo Polskie (Lemberg)  
vom 24. November 1909:

### Die Intervention Deutschlands in Wien.

Wien, den 23. November.

Im Frühjahr dieses Jahres, als Rußland angesichts des bevorstehenden serbisch-österreichischen Krieges es für durchaus nötig erachtet hatte, sich mit der vollendeten Tatsache der Einverleibung Bosniens durch Österreich-Ungarn auszuföhnen, fing die russische Presse an, ein Zetergeschrei zu erheben, da die Ursache des diplomatischen Rückzuges der Druck Deutschlands in Petersburg gewesen sei. Kaiser Wilhelm II. habe Rußland mit dem Kriege für den Fall gedroht, daß es wagen sollte, Serbien zu Hilfe zu kommen. Dies gab Veranlassung zu leinererbitterten Preßpolemik, welche jedoch die Sache nicht aufklärte.

Der erste, welcher den eigentlichen Sachverhalt klarlegte, war der englische Journalist Herr Aneas O'Neil. In einem der angesehensten englischen Monatsblätter, im Nineteenth Century (Zulihfest) veröffentlichte er unter dem Titel „Imperialist Austria“ einen Artikel, den er auf Grund seines speziellen Aufenthalts in Wien und auf Grund der dort an der Quelle gesammelten Informationen geschrieben hatte.

Herr Aneas O'Neil stellte fest, daß Deutschland tatsächlich sich in den im Frühjahr dieses Jahres entbrannten Zwist zwischen Rußland und Österreich-Ungarn eingemischt hat. Es intervenierte aber nicht in Petersburg, sondern in Wien und nicht zu Gunsten Österreich-Ungarns, sondern zu Gunsten Rußlands. Diese Entdeckung machte einen großen Eindruck. Daß sie zutreffend war und auf erstklassigen Informationen beruhte, zeigt sich jetzt dank der Enthüllungen Maximilian Hardens in dem neuesten Hefte der Berliner „Zukunft“. Es war dies — schreibt Harden — in der zweiten Hälfte des Monats März. Der deutsche Botschafter in Wien, Herr von Tschirschky, gab in seinem in der Metternich-Straße gelegenen Palast eine große Abendfestlichkeit.



Unter den vielen Gästen begegneten sich gleich zu Anfang des Empfanges der Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabes, General Conrad von Hötzendorff und der russische Militärattaché. Letzterer richtete beiläufig an den Stabschef die Frage, was es neues gäbe. Der Angeprochene erwiderte mit der ruhigsten Miene höflich, daß sich eigentlich zur Zeit recht wichtige Ereignisse abspielten. Kaiser Franz Josef habe den Mobilmachungsbefehl der ganzen Armee unterzeichnet. Der Krieg gegen Serbien sei beschlossen. Und im Falle, daß Österreich-Ungarn noch von einem anderen Staate angegriffen werden sollte, habe das Wiener Kabinett die Zusicherung aus Berlin erhalten, daß dies ein „casus foederis“, das heißt, ein Fall sein würde, in welchem Deutschland seinem Bundesgenossen zu Hilfe kommen würde.

Nach diesen Informationen drückte General Conrad von Hötzendorff dem Russen die Hand und ging weiter. Der russische Attaché — es scheint, daß es der Oberst Martschenko war und es noch ist — schlich sich heimlich aus der deutschen Botschaft hinaus und begab sich eiligst nach der ihr gegenüber liegenden russischen Botschaft, erstattete dort Bericht über das Gehörte und reiste nach kurzer Beratung und nach Einsichtnahme in das Eisenbahn-Kursbuch noch an demselben Abende um 10 Uhr über Szczałowa, Graniza und Warschau nach Petersburg ab, um persönlich darüber zu berichten, was er in Wien gesehen und gehört hatte.

Der Rapport dieses militärisch-diplomatischen Beamten rief in Petersburg Bestürzung hervor. In den Militärkreisen wußte man genau, daß Rußland zum Kriege unvorbereitet sei. Andererseits war man sich darüber klar, daß im Falle eines serbisch-österreichischen Krieges Rußland nicht untätig bleiben könnte. Fast unverzüglich wendete sich deshalb das Petersburger Kabinett an den deutschen Botschafter an der Newa, damit dieser die deutsche Regierung um Intervention in Wien zu Gunsten des Aufgebens des Krieges mit Serbien und zu Gunsten der Friedenserhaltung ersuche. Erst infolge der Bitten der deutschen Regierung habe Österreich-Ungarn den Krieg aufgegeben, in welchem alle Chancen auf dessen Seite gewesen seien.

\* \* \*

Diese Enthüllungen, sowohl die englischen als auch die Berliner, bestätigen alle vorhergehenden Behauptungen des Slowo Polskie, daß der diplomatische Feldzug im Frühjahr dieses Jahres nur aufgeschoben worden ist. Rußland ging aus diesem Aufschub schwer, denn doppelt gedemütigt hervor. Österreich-Ungarn trug, trotz großer Geldopfer, keinen dauernden politischen Vorteil davon. Im Gegenteil, es setzte sich einer internationalen Kombination (Rußland, Italien) aus, die es der Gefahr einer Katastrophe aussetzen kann. Einen Nutzen von der diplomatischen Kampagne wegen der Einverleibung Bosniens hat lediglich Deutschland gehabt. Vor allen Dingen aus dem Grunde, weil es Österreich-Ungarn die Überzeugung von dem Werte des deutsch-österreichischen Bündnisses beibrachte, indem es für das Frühjahr die Garantie hinsichtlich des „casus foederis“ gab. Ferner verpflichtete sich das amtliche Rußland, welches recht gut weiß, daß es lediglich dank der Intervention Deutschlands in Wien sowohl vor einer schrecklichen Demütigung, als auch vor einer Kriegskatastrophe verschont blieb. Und deshalb sind heute Deutschlands Wünsche in Petersburg fast immer ein Befehl.

Aus Nr. 549 der Nowa Reforma (Kraśau)  
vom 29. November 1909:

### Der 29. November.

Zum 79. Male kehrt heute der Jahrestag des großen Waffenkampfes wieder, in welchem Polen als selbstständiger Nationalorganismus sich zu einem Waffengange mit Rußland erhoben hatte. In vollster Hoffnung auf Sieg in der gerechten Sache marschierte das polnische Heldenheer auf die Schlachtfelder bei Stoczek und Bawer, bei Groß-Domb und Ostrolenka, um mit dem Blute dem Vaterlande die Schuld abzutragen, die schweren Sünden der Vorfahren zu löschen und vor der Welt das Zeugnis abzulegen, daß die große Nation gegen die Sklaverei protestiere, daß sie sich zur Freiheit und Unabhängigkeit erhebe, daß sie auf Grund ihrer Macht des Geistes und jahrhundertelanger Kultur ihre Rechte an das Leben und an die Entwicklung fordere.

Im politischen Interesse Europas lag jedoch nicht die Wiederherstellung des Staatsorganismus eines großen Reiches. Mit dem Augenblicke, wo die umfangreichen Gebiete Polens ein Raub der Nachbarn wurden, ließ der Annektierungsinstinkt die Teilungsmächte eine Ausrottungspolitik befolgen, welche in zwei Teilungsmächten die Lösung der Vernichtung über Polen verhängte. Als die kriegerischen Anwandlungen des Jahres 1831 von der Übermacht niedergedrückt wurden, als die trügerische Hoffnung auf die Hilfe des Auslandes schwand, als die Sympathien für Polen allmählich sogar dort zu erschauern anfangen, wo man sie bis jetzt treu bewahrte, als sogar Frankreich, das Land des größten Kultus der Freiheit und der menschlichen Rechte uneingedenk des für dieses Land vergossenen polnischen Blutes, unter dem Einfluß einer selbstsüchtigen Politik unserem Schicksal überließ, wurde auf der ganzen Linie mit verdoppelter Kraft das Werk der rücksichtslosen Ausrottung des Polentums begonnen; man will die Polen der Muttersprache und der Religion berauben, man will ihnen das Recht auf den Lebensunterhalt nehmen und sie aus dem Lande ihrer Vorfahren vertreiben.

Und wenn trotzdem Polen alle diese Bestrebungen der Feinde heldenmütig aushält, wenn in ihm der Geist nicht erlischt, wenn das Bewußtsein des Unrechts und das Streben nach der Freiheit wächst, so ist dies eine Erscheinung der stets zunehmenden Lebenskraft der Nation, welcher die jahrhundertelange Kultur, die unsterblichen Verdienste der Geschichte und Zivilisation gegenüber für ewige Zeiten das Recht zum selbstständigen Leben sichern. Diese Erscheinung, das ist das Utopfand für die Zukunft, der Beweis für das Erwachen der in der Nation schlummernden Kräfte, welche dereinst der große geschichtliche Augenblick mobil machen wird.

Eine so große Nation, wie die unsrige, so reich an Kultur und Vergangenheit, welche eine so große geschichtliche und zivilisatorische Sendung zu erfüllen hat, wird niemals das Bestreben zur Erlangung der Freiheit und Unabhängigkeit aufgeben. Und solange es ihr an Lebenskräften nicht gebricht, wird sie gegen ihre Knechtschaft feurigen Protest erheben, wird sie geistig immer mehr erstarren, das Volk bilden und aufklären, festhalten an ihrem Grund und Boden und neue, zielbewußte Scharen zum großen Kampfe um ihre heiligsten Rechte vorbereiten.

An diese Pflicht erinnert uns alljährlich der denkwürdige Novembertag, dieser große Grenzpfahl im politischen Leben des aufgeteilten Polens. —



Aus Nr. 557 der Nowa Reforma (Kraſau)  
vom 3. Dezember 1909:

## Die Gemeindewahlen unter dem Patronate Wilhelms II.

In Kattowiz in Oberſchleſien fanden in der vorigen Woche Stadtverordneten-Ergänzungswahlen ſtatt. Bei dieſer Gelegenheit ſchloß das Zentrum mit dem national-polniſchen Wahlkomitee ein Kompromiß zu dem Zwecke, um vier gemeinſchaftliche Kandidaten, nämlich zwei Polen und zwei deutſche Zentrumsmänner, durchzubringen. Da die Sozialdemokraten ebenfalls mit eigenen Kandidaten aufgetreten waren, ſo hatten ſich bei der erſten Wahl die Stimmen unter die Parteien, nämlich die Regierungs-, die polniſche Zentrum- und die ſozialdemokratiſche Partei, derartig verteilt, daß keine die Stimmenmehrheit erhielt und engere Wahlen ſtattfinden mußten.

Während die Wahlagitatio am lebhaftesten betrieben wurde, erſchien Kaiſer Wilhelm in Schleſien. Er kam zum Beſuche zweier ſchleſiſcher Magnaten, des Fürſten v. Donnersmark und des Fürſten v. Pleß, mit denen er perſönlich befreundet iſt. In den Paläſten dieſer beiden Magnaten hat der Kaiſer nicht nur das Spiel der zur Verherrlichung ſeines dortigen Aufenthalts beſonders engagierten franzöſiſchen Schauspielerin bewundert, nicht nur Auerochſen, Damwild und Wildſchweine gejagt, ſondern ſich auch in der von dieſen Beſchäftigungen freien Zeit mit der Politik beſchäftigt. Als er darauf aufmerkſam gemacht worden war, welche große Gefahr gegenwärtig ſeitens des polniſchen Zentrumskompromißes der urdeutſchen Stadt Kattowiz drohe, namentlich auf die Möglichkeit, daß in das Stadtverordnetenkollegium dieſer haſatiſtiſchen Stadt auf einmal gar zwei Polen hineinkommen würden — zeigte der Kaiſer ein großes Intereſſe für die Angelegenheit, ließ ſich einen genauen Bericht über die Lage erſtatten und beauftragte den Regierungspräſidenten in Oppeln, es unter keinen Umſtänden zu einer derartigen Niederlage des Deutſchtums an der Grenzmark kommen zu laſſen. Der auf dieſe Weiſe von dem Kaiſer ſanktionierte Wahlterroriſmus hat ſeinen Zweck erreicht. Die Ergänzungswahl für das Stadtverordnetenkollegium in Kattowiz fand vorgestern ſtatt und endete mit der Niederlage der polniſchen Zentrumskandidaten, trotzdem für ſie auch ein Teil der Sozialdemokratie geſtimmt hatte.

Die Regierungskandidaten erhielten zwar nur einige Stimmen mehr, aber ſie haben geſiegt und Kaiſer Wilhelm konnte ruhig in Berlin aufalmen, wohin er zurückgekehrt war, um den Deutſchen Reichstag zu eröffnen. Vorher beſuchte er noch unterwegs den Herrn Kardinal v. Kopp in Breslau, mit dem er angeblich noch eine zweite polniſche Angelegenheit erledigte, nämlich, er erklärte ſich damit einverſtanden, daß die Ernennung eines neuen Erzbischofs von Gneſen-Poſen — falls Rom ſich mit einem Deutſchen nicht einverſtanden erklären ſollte — „ad kalendas graecas“ verſchoben werde.

Kattowiz wird alſo nach wie vor eine deutſche Stadtvertretung haben. Die vorgestrige engere Wahl wird aber auch in einer anderen Hinſicht für dieſe Stadt von Bedeutung ſein. Sie zeigte nämlich, wie viel Wert für uns die Kompromiſſe mit der von dem Abgeordneten Napieralski ſo geliebten Zentrumspartei haben, welcher zwecks Zusammengehens mit dieſer Partei ſogar das vollſtändige Aufgeben des Gedankens an eine polniſche Herrſchaft empfiehlt. Während nämlich die Zentrumskandidaten je 900 oder 940 Stimmen erhielten, wurden für die polniſchen Kandidaten 604 und 683 Stimmen abgegeben, das heißt, daß die Polen redlich für die

Zentrumsleute ſtimmten, während ein großer Teil der Zentrumswähler ſich der Stimmenabgabe für die Polen vollſtändig enthielt.

Alſo ſogar in dem Falle, wenn die Regierungskandidaten die Stimmenmehrheit nicht erhalten hätten, würden zwei Zentrumsanhänger und zwei Regierungskandidaten geſiegt haben, die Polen aber wären, trotz des Kompromißes durchgefallen.

Es iſt dies ein neuer Beweis dafür, auf welche gefährliche Täuſchung ſich die Politik des Abgeordneten Napieralski ſtützt.

Aus Nr. 268 des Dziennik Związkowy-Zgoda  
(Chicago, Ill.)

vom 16. November 1909:

### Bericht

## über den Stand der Kaſſe des polniſchen Nationalbundes in den Vereinigten Staaten von Nordamerika am 15. November 1909.

### Einnahmen.

|                                      |               |
|--------------------------------------|---------------|
| Am 1. November 1909 befanden ſich in |               |
| der Kaſſe .....                      | 79 308,98 Do. |
| Zu November gingen ein .....         | 7 751,57 "    |
| zusammen .....                       | 87 060,55 Do. |
| Ausgaben im November .....           | 6 429,08 "    |
| Kaſſenbeſtand am 15. XI. 09 .....    | 80 631,47 "   |

### Ausgaben.

|                                          |              |
|------------------------------------------|--------------|
| An Sterbegeld gezahlt .....              | 900,00 Do.   |
| Ausgaben aus den laufenden Fonds ....    | 584,00 "     |
| Ausgaben aus dem Spezialfonds .....      | 4 915,08 "   |
| Rückzahlung zu viel gezahlter Zinſen ... | 30,00 "      |
| zusammen .....                           | 6 429,08 Do. |

Dieſe Summe iſt in nachſtehenden Banken untergebracht:

|                           |               |
|---------------------------|---------------|
| Firſt Truſt S. B. ....    | 7 478,45 Do.  |
| North Weſtern .....       | 7 893,95 "    |
| Merchants .....           | 13 199,26 "   |
| Colonial .....            | 13 218,44 "   |
| Milwaukee Ave .....       | 14 737,08 "   |
| Ill. Truſt S. B. ....     | 9 248,72 "    |
| North Weſtern S. B. ....  | 920,99 "      |
| Firſt National Bank ..... | 13 934,58 "   |
| zusammen .....            | 80 631,47 Do. |

Aus Nr. 270 des Dziennik Związkowy-Zgoda  
(Chicago, Ill.)

vom 18. November 1909:

### Die allſlawiſche Liga.

Der Vorſtand der allſlawiſchen Liga beruft für den kommenden Sonntag, den 21. November 1909, 2 Uhr nachmittags, nach der Joſ. Baumeſ Halle, 2521 Chabourn Ave., eine Maſſenverſammlung aller ſlawiſchen Stämme ein. Die Liga ladet durch beſondere Aufrufe die Polen, Tſchechen, Slowaken, Kroaten, Sloenen, Bulgaren, Serben und Ruthenen ein, zur Verſammlung zu erſcheinen, um die Mittel für den Kampf und die Selbſtverteidigung gegen die ſchlimmſten Feinde des Slawentums, die Deutſchen und die Ungarn, zu beſprechen. Es handelt ſich hier um die Vereinigung der ſlawiſchen Kräfte, wenn wir dieſen Feinden erfolgreich die Stirn bieten wollen. Es iſt dies eine außerordent-



lich wichtige Sache und die Polen müssen an dieser Versammlung teilnehmen, um zu erfahren, auf welche Art diese Vereinigung der allslawischen Kräfte erfolgen soll.

Aus Nr. 271 des Dziennik Zwiazkowy-Zgoda  
(Chicago, Ill.)

vom 19. November 1909:

### **Zur Grunwald-Feier.**

Die Vorbereitungsarbeiten zur Feier des 500. Jahrestages der Niederlage der Kreuzritter bei Grunwald sind im österreichischen Anteile in vollem Gange und diese Feier wird sicherlich imponierend ausfallen. Wenn auch unsere Landsleute im preussischen und russischen Anteile diesen Jahrestag nicht auf entsprechende Art werden feiern können, so werden sie ihn dennoch in engeren Kreisen festlich begehen und werden sich im Geiste mit ihren Brüdern in Galizien vereinigen. Bei dieser Feier werden Deputationen aus allen Anteilen nicht fehlen, auch Nordamerika wird zahlreiche Scharen entsenden. Es wird dies eine mächtige Manifestation sein, die in der Welt lauten Widerhall erregen und die Wut der Deutschen und der mit diesen verbündeten Russen erregen wird.

**Die ganze Welt wird erfahren, daß sich einst das teutonische Reptil unter polnischen Füßen gewunden hat, und daß die Polen noch nicht die Hoffnung aufgegeben haben, ihren Feinden ein zweites Grunwald zu bereiten.**

Über diese Feier schreibt ausführlich die serbische Sokol-Wochenschrift Srbski Sokol, der bei dieser Gelegenheit das ganze Slawentum auffordert, sich an diesem denkwürdigen Tage zu vereinigen und engere Beziehungen mit den Polen anzuknüpfen, die einst den Verteidigungswall gegen die germanische Sturmflut gebildet hatten. Sicher würden verschiedene slawische Stämme, die Russen natürlich ausgenommen, ihre Delegierten senden, auch die Sokols würden zahlreiche Scharen von Kameraden schicken. Die von H. Sienkiewicz vorgeschlagene allslawische Kunstausstellung würde gleichfalls sicher zustande kommen, sodaß also die ganze slawische Welt an der Grunwald-Feier teilnehmen und hierdurch ihre Macht und ihre brüderliche Liebe zeigen würde.

Die Polen aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika müssen bei dieser Feier auch zahlreich vertreten sein, um ihren Zusammenhang mit dem Mutterlande und mit ihren Brüdern unter feindlichen Regierungen zu dokumentieren.

Aus Nr. 272 des Dziennik Zwiazkowy-Zgoda  
(Chicago, Ill.)

vom 20. November 1909:

### **Die Pilgerfahrt nach dem Vaterlande.**

Anlässlich der herrlichen Feier des 500. Jahrestages der Vernichtung der Kreuzritter bei Grunwald durch die vereinigten polnischen und litauischen Scharen, die im nächsten Jahre in der uralten Hauptstadt Polens, in Krakau stattfinden soll, beabsichtigt unser Emigrantentum ernstlich, sich an dieser nationalen Manifestation aktiv zu beteiligen und möglichst zahlreiche Scharen von Vertretern zu dieser Feier zu entsenden.

Für diese Feier hat sich mehr als für irgend eine andere der polnische Nationalbund interessiert. Als ein patriotischer Gesamtkörper, der die Hand am Puls der nationalen Angelegenheiten hält, hat der Bund

erkannt, daß er sich an dieser mächtigen Manifestation beteiligen muß, um zu beweisen, daß die Verbindungs-fäden, die uns mit dem Mutterlande vereinigen, nicht gerissen sind, daß wir das uns so teure Vaterland nicht vergessen haben, daß jede patriotische Begeisterung unserer Brüder jenseits des Ozeans in den Herzen der polnischen Emigranten auf der freien Erde Washingtons kräftigen Widerhall findet.

Der Bund hat also auf dem in Milwaukee abgehaltenen XVIII. Landtage beschlossen, sich offiziell an der Feier des Jahrestages von Grunwald zu beteiligen, und zwar dadurch, daß er seine zwei höchsten Beamten, den Zensor und den Präsidenten, entsendet. Außerdem hat der großmütige Landtag seinen Vertretern auch **unser neues zeitiges Militär, die geflügelte Schar**, hinzugefügt, indem er 2000 Dollar für die Entsendung einer **Sokolabteilung** nach Krakau bewilligte, damit diese dort im Namen des Emigrantentums unsere Brüder von der Weichsel, Oder, Warthe, Bug, Niemen und Neße mit ihrem Rufe „Czolem“ begrüßen sollen, damit sie ihnen sagen sollen, daß wir im Geiste mit ihnen sind und zusammen mit der ganzen Nation die Feier dieses großen geschichtlichen Augenblickes begehen.

Soviel hat seinerseits der polnische Nationalbund als Organisation getan. Außer ihm gibt es aber auch noch andere polnische Organisationen, die sich durch ihre Vertreter an diesen Feierlichkeiten beteiligen müßten. Es gibt auch zahlreiche polnische Parochien, die gemeinsam 10 und einige hervorragende Repräsentanten entsenden könnten, schließlich gibt es noch viele einzelne Bürger, die sich eine Pilgerfahrt nach dem Heimatlande erlauben könnten. Soviel uns bekannt ist, beabsichtigen viele wohlhabendere Landsleute zu der Grunwald-Feier nach Krakau zu reisen und bei dieser Gelegenheit auch ihre Geburtsorte in den verschiedenen Teilen Polens aufzusuchen. Die Reise einzelner Personen wird aber kostspieliger, nicht vergnügt sein und an Ort und Stelle keinen imponierenden Eindruck machen. Denn die einzelnen Personen werden zu verschiedenen Zeiten und auf verschiedenen Wegen kommen, sie werden im Haufen verschwinden und nicht die Aufmerksamkeit auf sich lenken. Wenn dagegen auf einem Dampfer und auf einer Eisenbahnlinie 1000 oder mehr Gäste aus Amerika nach Krakau kommen würden, dann würden sie großen Eindruck machen und herzlicher, sorgfältiger aufgenommen werden. Die Hauptsache aber ist, daß ihre Reise viel weniger kosten würde, wodurch auch weniger vermögenden Leuten die Pilgerfahrt nach dem Vaterlande ermöglicht werden würde.

Glücklich und zeitgemäß ist deshalb der von dem Bürgerkomitee in Buffalo, N. Y., aufgeworfene Gedanke, uns gegenseitig zu verständigen und einen gemeinschaftlichen Ausflug nach dem Vaterlande zu arrangieren, wo wir uns an den Grunwald-Feierlichkeiten beteiligen und die Geburtsstätten aufsuchen könnten. Mancher könnte hierbei sogar seine Handelsgeschäfte erledigen.

Es ist klar, daß solch ein Massenausflug nach Europa, abgesehen von dem moralischen Nutzen, gleichzeitig zu materiellen Ersparnissen führen würde. Das Mieten eines Sonderdampfers würde den Preis der Überfahrt um die Hälfte ermäßigen und auch die Reise mit der Bahn nach New York und zurück würde viel billiger sein. Es würde also lohnend sein, sich hiermit zu beschäftigen, sich mit dem Bürgerkomitee in Buffalo zu verständigen und es kann sein, daß wir eine Pilgerfahrt nach Krakau arrangieren werden, an der sich



einige 1000 Personen betheiligen werden, und dies besonders aus dem Grunde, weil die Reise bedeutend billiger sein wird, als dies für gewöhnlich der Fall ist.

Der Gedanke, eine Pilgerfahrt nach dem Vaterlande zu veranstalten, ist nicht neu. Es hat hierüber sehr häufig unser Dziennik Zwiazkowy gesprochen, es haben diesen Gedanken andere Zeitungen berührt, es dachte an eine solche Pilgerfahrt der polnische Bischof Paul B. Rhode, der sich mit diesen Pilgern auch gleichzeitig nach Rom begeben wollte, und dennoch hat man bis jetzt an eine derartige Fahrt nicht ernstlich gedacht; und wenn auch alljährlich viele der Unrigen nach Europa fahren, so tun sie dies für gewöhnlich einzeln und zu verschiedenen Zeiten.

Die klügsten Leute in dieser Hinsicht sind die sich in Amerika aufhaltenden Schweden und Norweger. Sie veranstalten in jedem Jahre eine Pilgerfahrt nach ihrem Vaterlande, mieten einen oder sogar zwei Sonderdampfer, haben also eine angenehme, fröhliche und billige Reise.

In ihrem Heimatlande werden sie im Schoße ihrer Allernächsten einige Wochen ausruhen, sie werden vaterländische Luft atmen, neue Kräfte und Energie sammeln, werden dann wieder über das Meer nach ihrem frei gewählten Vaterlande zurückkehren und hier, mit einem Vorrat von Erfahrung und Aufmunterung versehen, mit Begeisterung arbeiten, Dollars sammeln, sich bereichern. Nach einigen Jahren werden sie wiederum,

wie die Vögel nach den warmen Ländern, nach dem Vaterlande reisen, um neue Vorräte an Kraft und Patriotismus zu sammeln. Auf diese Art müssen auch wir Polen dies einrichten. Wenn auch nicht so häufig wie die Schweden, die alljährlich nach dem Vaterlande pilgern, so doch von Zeit zu Zeit, besonders bei wichtigeren Gelegenheiten, müßten wir in Massen nach Polen reisen und dort an den Gräbern der Könige, Helden und der großen um das Vaterland verdienten Männer den Geist zum Kampfe gegen das feindliche Geschick stärken.

Eine Gelegenheit wie im nächsten Jahre wird sich für lange Jahre nicht wieder bieten, denken wir also an eine im großen Maßstabe betriebene Pilgerfahrt nach dem Heimatlande. Einige Duzend Personen werden bestimmt hinreisen, viele haben die Absicht, ebenfalls zu reisen und noch mehr würden fahren, falls die Reise billiger sein würde. Die Interessenten mögen sich mit den Bürgern in Buffalo verständigen, die die Initiative ergriffen haben, und vielleicht wird sich eine Zahl von Pilgern finden, die ausreicht, um einen besonderen Dampfer mieten zu können, zusammen zu der großen, gemeinsamen Grunwaldfeier zu reisen und bei dieser Gelegenheit, wenn dies die Verhältnisse gestatten, das Geburtsland besuchen. Die Zeit drängt, also ans Werk, Landsleute, wer das Vaterland besuchen kann und will.



